

P r o t o k o l l

Nr. 6**über die Verhandlungen des Grossen Gemeinderates von Zug****Dienstag, 10. Mai 2011**

16.00 - 20.45 Uhr

im Kantonsratssaal, Regierungsgebäude

Vorsitz: Ratspräsident Jürg Messmer

Protokoll: Ruth Schorno

Verhandlungsgegenstände

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 5 vom 12. April 2011
2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben
3. Motion Manfred Pircher, SVP, vom 26. April 2011 zur engeren Zusammenarbeit der BPK, Stadtbildkommission und Juries von Bauvorhaben der Stadt Zug
Überweisung
4. Interpellation der FDP-Fraktion vom 12. April 2011 betreffend Kolinplatz
Mündliche Beantwortung
5. Interpellation Fraktion Alternative-CSP vom 12. April 2011 betreffend Zonen für preisgünstigen Wohnungsbau
Mündliche Beantwortung
6. Interpellation Fraktion Alternative-CSP vom 29. März 2011 betreffend Richtlinien Vermietung Familienwohnungen Frauensteinmatt
Mündliche Beantwortung
7. Zentrum Frauensteinmatt: 2. Zwischenbericht (Stand 9. März 2011)
Bericht des Stadtrates Nr. 2002.6 vom 15. März 2011

8. Motion Fraktion Alternative-CSP vom 16. März 2009 betreffend Erweiterung Strandbad und Motion CVP-Fraktion vom 24. Februar 2010 betreffend bessere Nutzung des Stierenmarkt-Areals
Zwischenbericht des Stadtrates Nr. 2137 vom 22. Februar 2011
9. Tennisclub Allmend und Tennisclub Zug: Sanierung der Tennisanlagen; Investitionsbeitrag
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2139 vom 15. März 2011
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2139.1 vom 11. April 2011
10. Offene Jugendarbeit: Beitrag an den Verein Zuger Jugendtreffpunkte für die Jahre 2012 - 2015: Kreditbegehren
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2141 vom 22. März 2011
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2141.1 vom 11. April 2011
11. Reglement über die Aussenwerbung (Reklamereglement): Totalrevision; 1. Lesung
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2123 vom 26. Oktober 2010
Bericht und Antrag der BPK Nr. 2123.1 vom 18. Januar 2011, 1. Februar 2011 und 9. März 2011
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2123.2 vom 21. März 2011 und 11. April 2011
12. Interpellation der SVP-Fraktion vom 17. Januar 2011 betreffend Probleme im Zuger Schuldepartement
Antwort des Stadtrats Nr. 2145 vom 12. April 2011
13. Interpellation der SVP-Fraktion vom 17. April 2011 betreffend Arbeitsende von Rektor Jürg Kraft
Antwort des Stadtrates Nr. 2144 vom 12. April 2011
14. Interpellation der SVP-Fraktion vom 3. Februar 2011 betreffend Einrichtung von neuen Parkuhren in der Stadt Zug
Antwort des Stadtrats Nr. 2147 vom 12. April 2011
15. Interpellation der FDP-Fraktion vom 10. März 2011 betreffend gewerbefreundliche Zahlungsfristen der öffentlichen Hand
Antwort des Stadtrats Nr. 2146 vom 12. April 2011
16. Mitteilungen

Eröffnung

Ratspräsident Jürg Messmer eröffnet die heutige Sitzung und begrüsst nebst den Mitgliedern des Stadtrats und des Grossen Gemeinderates auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelt Gäste.

Entschuldigt für die heutige Sitzung hat sich Gemeinderat Urs E. Meier; die übrigen 39 Ratsmitglieder sind anwesend.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

Ratspräsident Jürg Messmer: Ton- und Bildaufnahmen während der Ratssitzung bedürfen der Zustimmung des Rates. Zug TV möchte während der heutigen Sitzung wiederum Aufnahmen machen, welche anschliessend ins Internet gestellt werden.

Das Wort wird hiezu nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird. Der Rat erklärt sich somit damit einverstanden, dass während der Sitzung Bild- und Tonaufnahmen gemacht werden.

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 5 vom 12. April 2011

Zur Traktandenliste:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass keine Änderungsanträge vorliegen. Somit ist die Traktandenliste stillschweigend genehmigt.

Zum Protokoll Nr. 5 vom 12. April 2011:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass keine Berichtigungen eingegangen sind. Das Protokoll der 5. Sitzung vom 12. April 2011 gilt somit als stillschweigend genehmigt.

2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

Motionen und Postulate

Motion Manfred Pircher namens der SVP-Fraktion zur engeren Zusammenarbeit der BPK, Stadtbildkommission und Juries von Bauvorhaben der Stadt Zug

Mit Datum vom 26. April 2011 hat Gemeinderat Manfred Pircher namens der SVP-Fraktion folgende Motion eingereicht:

„Der Stadtrat wird beauftragt, die BPK bei Bauprojekten bereits im Stadium der Projektvergabe und vor dem Zuschlag konsultativ zu begrüssen.

Begründung:

1. Durch den frühen Einbezug der BPK bei Bauvorhaben wird der Verwaltung einiges an überflüssiger Arbeit abgenommen und damit teure Leerläufe verhindert.
2. Hierdurch wird auch die Qualität und Akzeptanz von Bauvorhaben verbessert, was dazu beiträgt, die beste Lösung für ein Bauvorhaben zu finden.
3. Gemäss aktueller Ordnung kann die BPK nur noch zu fixfertigen Projekten und Plänen Ja oder Nein sagen. Mit der neuen Ordnung soll erwirkt werden, dass die BPK früher, vor der definitiven Vergabe und während des Wettbewerbs, konsultativ Einfluss nehmen kann, damit gut ausgereifte Projekte vor den GGR kommen.

Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung in schriftlicher Form.“

Ratspräsident Jürg Messmer: Die Überweisung der Motion ist bereits heute unter Traktandum 3 traktandiert.

Postulat Michèle Kottelat, glp, betreffend Kostenbeteiligung der Stadt beim Wintertraining der Tennis-Junioren von TCZ und TCA

Mit Datum vom 10. Mai 2011 hat Gemeinderätin Michèle Kottelat namens der glp folgendes Postulat eingereicht:

„Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob mit einer Kostenbeteiligung bei der Platzmiete in den bestehenden Tennishallen der Region, die Nachwuchsförderung der beiden städtischen Tennisclubs beim Wintertraining unterstützt werden kann.

Begründung

Die beiden städtischen Tennisclubs TCZ und TCA wollten das Wintertraining der Junioren in einer eigenen mobilen Traglufthalle durchführen. Da die geplante Halle mit den Zielsetzungen einer Energiestadt nicht vereinbar ist und den heutigen Energievorschriften nicht entspricht, hat der Stadtrat die städtische Kostenbeteiligung zu Recht zurückgezogen. Die beiden Tennisclubs TCZ und TCA leisten mit ihren rund 330 Jugendlichen einen grossen Beitrag zur Förderung der Jugendaktivität im Tennisport. Eine seriöse Nachwuchsförderung bedingt auch im Tennis ganzjährige Trainingsmöglichkeiten, was im Winter nur in einer Halle möglich ist. In der Region Zug gibt es verschiedene private und öffentliche Tennishallen, deren Plätze gemietet werden können. Die Stadt

Zug unterstützt ihre Sportvereine, indem sie ihnen die Hallenbenutzungskosten von Turnhallen oder Hallenschwimmbädern zurückerstattet. In den Genuss einer solchen Förderung kommen u.a. Fussballklub Zug 94, Tischtennisclub Zug, LK Zug Basket, Schwimmclub Zug, Vierkampfmannschaft Zug, Kanuclub Zug etc. Mit einer Kostenbeteiligung bei der Platzmiete für das Wintertraining der Junioren käme auch der Tennissport zu einer solchen Unterstützung.“

Ratspräsident Jürg Messmer teilt mit, dass die Überweisung des Postulats in Anwendung von § 42b GSO bereits heute in Zusammenhang mit dem Traktandum 9 behandelt wird.

Interpellationen

Interpellation Barbara Hotz und Karl Kobelt namens der FDP-Fraktion zum Kolinplatz

Mit Datum vom 12. April 2011 haben die Gemeinderäte Barbara Hotz und Karl Kobelt namens der FDP-Fraktion folgende Interpellation eingereicht:

„Der Stadtrat hat sich entschieden, erneut einen Projektwettbewerb am Kolinplatz 21 in Zug auszuschreiben. Der Stadtrat plant den Bau eines Wohnhauses - gemäss Zeitungsbericht in der Neuen Zuger Zeitung vom 1. April 2011 - für Studenten und junge Menschen in Ausbildung sowie eine innovative Gastronomienutzung zu erstellen. Aufgrund der teuren Vorgeschichte der Liegenschaft Kolinplatz stellen sich uns verschiedene Fragen, welche wir gerne vom Stadtrat mündlich beantwortet hätten:

1. Wie erklärt sich der Stadtrat, dass bei einem so heiklen Geschäft die Wettbewerbskosten genau CHF 6'000.- unter dem Betrag von CHF 200'000.- (Stadratskompetenz) liegen? Ist der Stadtrat bereit, die Kostenaufstellung offen zu legen?
2. Aufgrund welcher Überlegungen kam der Stadtrat zum Entscheid, ein aufwändiges internationales Wettbewerbsverfahren zu wählen? Die Rahmenbedingungen dieser Bauaufgabe sind sehr eng und lassen städtebaulich wenig Spielraum zu (Volumen, Gebäudehöhe).
3. Ist der Stadtrat überzeugt, dass an dieser Lage kostengünstige Wohneinheiten für junge Menschen zu realisieren sind? In welcher Form hat er die besonderen Anforderungen an dieser Lage (Altstadttreglement, denkmalschützerische Auflagen) berücksichtigt?
4. Im Wettbewerbsprogramm wird darauf hingewiesen, dass das Altstadttreglement einzuhalten sei. Im nächsten Abschnitt relativiert der Stadtrat diese Aussage, indem er festhält, dass Lösungsansätze, die dem Altstadttreglement widersprechen würden, gut zu begründen seien. Ist der Stadtrat der Überzeugung, dass der Regierungsrat bei einem neuen Projekt anders entscheiden würde, als beim kostenintensiven letzten Fehlversuch? Wenn ja, wie kommt er zu dieser Überzeugung?
5. Hat der Stadtrat auch den Verkauf dieser Liegenschaft in seine Überlegungen miteinbezogen? Wenn ja, warum hat er diese Möglichkeit verworfen? Wenn nein, ist er bereit diese Option ernsthaft zu prüfen und dem GGR Bericht zu erstatten?

6. Gemäss oben erwähntem Zeitungsartikel ist das Projekt der Bau- und Planungskommission vorgestellt worden. Anlässlich welcher BPK-Sitzung ist dies erfolgt? In welcher Form fand diese Information statt?
 7. Gehört es für den heutigen Stadtrat zu seinen Kernaufgaben, innovative Gastrokonzepte auszuarbeiten? Wenn ja, woher leitet der Stadtrat diesen Auftrag ab?
- Wir danken dem Stadtrat für eine raschmögliche Beantwortung unserer Fragen."

Ratspräsident Jürg Messmer: Der Stadtrat wird die Interpellation an der heutigen Sitzung mündlich beantworten.

Interpellation Manfred Pircher namens der SVP-Fraktion betreffend das unrechtmässige Befahren des Trottoirs von Radfahrern von der Bushaltestelle Mänibach bis zum Casino

Mit Datum vom 28. April 2011 hat Gemeinderat Manfred Pircher namens der SVP-Fraktion folgende Interpellation eingereicht:

„Trotz eines separat markierten Radstreifens an dieser Stelle befahren häufig Radfahrer das Trottoir zum grossen Ärger einiger Fussgänger. Wenn die Fussgänger dem Radfahrer jeweils nicht sofort den Weg frei machen, werden sie beschimpft oder gar aggressiv angegangen. Weil sie die Radfahrer zum Teil nicht hören oder ihnen platzbedingt gar nicht ausweichen können, kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen. Auch wurden Fussgänger bereits von Fahrradfahrern angefahren. Eine Frau, die von einem Radfahrer gestreift wurde, schilderte den Vorfall bei der zuständigen Polizei am Kolinplatz. Die Aussage der Zugerpolizei bei der Reklamation dieses Ärgernisses lautete, (ich zitiere): Wir können da nichts machen, das ist halt nun mal so! .. "

1. Was unternimmt der Stadtrat um diese Situation zu entschärfen?
2. Warum fordert der Stadtrat die Polizei nicht zur vermehrten Kontrolle von Radfahrer auf?
3. Ist der Stadtrat der Meinung, dass Radfahrer Narrenfreiheiten besitzen und sich nicht an die geltenden Gesetze halten müssen?
4. Ist der Stadtrat gewillt, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um auf dieser Strecke die Sicherheit der Fussgänger zu erhöhen?

Für eine schriftliche Antwort danke ich Ihnen."

Ratspräsident Jürg Messmer: Die Interpellanten verlangen schriftliche Beantwortung. Der Stadtrat hat hierfür gemäss § 43 Abs. 2 GSO drei Monate Zeit.

3. Motion Manfred Pircher, SVP, vom 26. April 2011 zur engeren Zusammenarbeit der BPK, Stadtbildkommission und Juries von Bauvorhaben der Stadt Zug Überweisung

Der Wortlaut der Motion befindet sich auf S. 5 dieses Protokolls.

Karl Kobelt: Am 9. Juni 2009 wurde die Motion "Frühzeitige Kenntnisnahme relevanter Bauvorlagen durch die BPK" überwiesen. Der Vorstoss des damaligen BPK-Präsidenten und Mitglied der FDP-Fraktion Martin Spillmann wurde am 25. Januar dieses Jahres auf der Liste der unerledigten Geschäfte belassen. Das neue Begehren von SVP-Fraktionschef Manfred Pircher ist praktisch gleichen Inhalts und hat daher in der FDP-Fraktion einiges Erstaunen ausgelöst. Dennoch plädiert die FDP-Fraktion für die Überweisung. Ihre Haltung versteht sich auch als Nachdruck ihrer Forderung an den Stadtrat, dem GGR zur Motion Spillmann innert nützlicher Frist Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen.

Manfred Pircher: Martin Spillmann hat bekanntlich die von Karl Kobelt erwähnte Motion am 9. Juni 2009 eingereicht. Sie geht in die praktisch gleiche Richtung wie die heute zur Debatte stehende. Manfred Pircher möchte den Stadtrat auffordern, diese dringend zu behandeln.

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass kein Antrag auf Nichtüberweisen gestellt wird. Die Motion ist somit an den Stadtrat überwiesen. Dieser hat nun zwölf Monate Zeit, dem GGR Bericht und Antrag vorzulegen.

4. Interpellation der FDP-Fraktion vom 12. April 2011 betreffend Kolinplatz

Der Wortlaut der Interpellation befindet sich auf S. 6 des GGR-Protokolls Nr. 6 vom 10. Mai 2011.

Stadtrat André Wicki beantwortet die Interpellation namens des Stadtrates wie folgt: Der Sachverhalt ist bekannt. Das ganze Thema begann im Jahre 1999, jetzt ist 2011. Gesamthaft geht es um Kosten von CHF 1,2 Mio., weshalb der Stadtrat durchaus Verständnis für die Interpellation und die gestellten Fragen hat.

Antwort auf die Frage 1:

Selbstverständlich ist der Stadtrat bereit, die Kostenaufstellung offen zu legen:

1. Preisgelder	CHF	75'600.00
2. Wettbewerbsunterlagen ca.	CHF	14'000.00
3. Wettbewerbsbegleitung ca.	CHF	23'000.00
4. Vorprüfung ca.	CHF	15'925.00
5. Jurierung ca.	CHF	37'000.00
6. Inserate/Publicationen/Ausstellung	CHF	4'000.00
7. Spezialisten	CHF	25'465.00
8. Total ca.	CHF	194'990.00

Angesichts der Vorgeschichte hat der Stadtrat den Stadtarchitekten gebeten, die ganzen Preisgelder gründlich nochmals durchzurechnen. Der grösste Punkt liegt bei den Preisgeldern. Der Stadtarchitekt und seine Mitarbeiter werden sehr stark im Sinne der Eigenleistungen in Anspruch genommen. So konnten weitere Positionen reduziert werden. Der letzte grössere Posten betrifft die Inserate/Publicationen/Ausstellungen, welcher auf ein Minimum reduziert wurde bzw. mit Eigenleistungen entsprechend abgedeckt wird.

Antwort auf die Frage 2:

Es gibt grundsätzlich drei mögliche Verfahrensarten: Das eingeladene, das selektive und das offene Verfahren. Das gewählte offene Verfahren ist geringfügig aufwändiger als ein selektives, d.h. als das zweistufige Verfahren. Dieser ist der korrekteste Weg, um wirklich unvoreingenommen Aufträge zu vergeben. Dabei wird ausschliesslich die Qualität eines Entwurfes bewertet. Zudem kann so sichergestellt werden, dass die Zuger Architektenschaft uneingeschränkt teilnehmen kann.

Antwort auf die Frage 3:

Ja, der Stadtrat ist davon überzeugt. Er hat im Vorfeld die Nutzung detailliert untersuchen lassen. Im Rahmen seiner Immobilienstrategie ist er zum Schluss gekommen, dass sich die Lage und die Grösse der Liegenschaft ausgezeichnet für lärmunempfindliches, zentrales studentisches Wohnen eignet. Wie aus dem Wettbewerbsprogramm klar hervorgeht, nehmen das Altstadtreglement sowie die spezifische Lage der Liegenschaft in der äusseren Altstadt eine wichtige Stellung in der Aufgabenformulierung ein.

Antwort auf die Frage 4:

In die Erarbeitung des vorliegenden Wettbewerbsprogramms war die kantonale Denkmalpflege aktiv eingebunden. Die Rahmenbedingungen sind eng geschnitten und das

ausgewählte Projekt wird sich an das Altstadtreglement zu halten haben. Ausnahmen sind nur in dem vom Altstadtreglement selber gesteckten Rahmen zulässig. Die Jury, die sich aus ausgewiesenen Fachleuten aus dem Bereich "Bauen im historischen Bestand" zusammensetzt, wird sicherstellen, dass sich das zu wählende Projekt an diese Rahmenbedingungen hält.

Antwort auf die Frage 5:

Der Stadtrat hat sich im Rahmen seiner Immobilienstrategie intensiv mit dem Kolingeviert auseinander gesetzt. Er ist zum Schluss gelangt, dass er das Geviert aufgrund seiner städtebaulichen und historischen Bedeutung selber beplanen will. Die Stadt besitzt an der Kirchenstrasse angrenzend an die Brandruine Kolinplatz 21 die ganze Häuserzeile und beabsichtigt, diese Zeile im Sinne einer aktiven Immobilienstrategie zeitgleich mit dem Ersatz der Brandruine im Einklang mit dem Altstadtreglement zu sanieren.

Antwort auf die Frage 6:

Das Vorhaben wurde der BPK an ihrer Sitzung vom 12. August 2010 vorgestellt. Das Baudepartement präsentierte das Vorhaben umfassend. Die Kommission zeigte sich mit dem aufgezeigten Vorgehen mit 9:1 Stimmen klar einverstanden. Zusätzlich hat das Baudepartement am 30. September 2010 die Nachbarschaft über das Vorhaben informiert. Auch an dieser Veranstaltung entstand der Eindruck, dass man mit dem vorgeschlagenen Weg einverstanden ist.

Antwort auf die Frage 7:

Nein. Das ist keine Kernaufgabe. Wie jeder Grundeigentümer macht sich aber auch die Stadt Gedanken darüber, was die sinnvollste Nutzung ihrer Immobilien ausmacht.

Stadtrat André Wicki beantragt dem Grossen Gemeinderat die Kenntnisnahme dieser mündlichen stadträtlichen Antwort.

Barbara Hotz dankt dem Stadtrat für die rasche und umfassende Beantwortung dieser Interpellation im Zusammenhang mit dem Wettbewerb zum Kolinplatz und möchte das Pferd etwas am Schwanz aufzäumen und sich zuerst für die Frage 6 entschuldigen. Im Zeitpunkt der Einreichung der Interpellation hat Barbara Hotz aus ihrer Sicht die notwendigen Fragen im Kreise der FDP-Fraktion gestellt. Obwohl man sich erinnern konnte, von diesem Projekt schon gehört zu haben, erinnerte man sich nicht mehr so genau daran, dass eine Powerpoint-Präsentation gezeigt worden war und es auch zu einer Abstimmung gekommen war. Das mag daran liegen, dass die Bau- und Zonenordnungsrevision die Mitglieder der BPK überdurchschnittlich gefordert hat und sehr viele Sitzungen zu bewältigen waren. Barbara Hotz persönlich hat es dann unterlassen, in den alten BPK-Protokollen nachzuforschen und sich selber noch abzusichern. Barbara Hotz bittet den Stadtrat, diese Unterlassung zu entschuldigen.

Und nun zur Frage 1: Besten Dank für die Auflistung der approximativen Kosten im Projektwettbewerb. Da wie generell üblich in dieser Aufstellung doch noch einige ca. Werte enthalten sind, bleibt das Erstaunen, dass sich der Stadtrat entschlossen hat, diesen Wettbewerb in Eigenkompetenz auszuschreiben. Dies umso mehr, als es sich hierbei um sein sehr sensibles Projekt handelt, das nicht nur aufgrund seiner zentralen Lage, sondern auch seiner Vorgeschichte durchaus die Involvierung des Grossen Gemeinderates ertragen hätte. Es wäre wünschenswert, dass der Stadtrat derartige Projekte von

sich aus offen legen würde und nicht erst aufgrund einer Interpellation reagieren würde.

Zu Frage 2: Die Ausführungen des Stadtrates zu den verschiedenen Arten der Wettbewerbsverfahren sind korrekt und erklären die möglichen Varianten. Dazu besten Dank. Offen bleibt aber die Beantwortung der gestellten Frage. Es ist korrekt, dass beim gewählten Verfahren die teilnehmenden Architekten den grossen Aufwand zu leisten haben. Da sie während der Wettbewerbseingabe jedoch nicht eng begleitet werden, sind auch Lösungsansätze zu erwarten, die später nicht realisiert werden können. Insbesondere unter dem Aspekt des bescheidenen Spielraumes den das Altstadtreglement und die Denkmalpflege offen lassen, stellt sich uns die Frage des volkswirtschaftlichen Nutzens eines solchen Vorgehens.

Zu Frage 3, der Eignung der Liegenschaft für kostengünstige Wohneinheiten: Hier führe der Stadtrat aus, dass er im Rahmen seiner Immobilienstrategie zum Schluss gekommen ist, dass sich diese Liegenschaft ausgezeichnet für lärmunempfindliches, zentrales studentisches Wohnen eignet. Erstens interessiert hier die Formulierung „lärmunempfindliches, zentrales studentisches Wohnen“. Heisst das, dass die Studenten lärmunempfindlich sind und deshalb an dieser zentralen Lage Wohnen wollen oder heisst das, dass die Umgebung und die Anwohner lärmunempfindlich sind und deshalb studentisches Wohnen hier gefördert werden soll? Zweitens behält der Stadtrat die Gründe, die zu diesem Schluss geführt haben, für sich. Aber gerade das hätte die Interpellanten interessiert. Denn offenbar hat der Stadtrat diese Häuserzeile als strategische Position betrachtet, als es darum ging, eine Zentralisierung der Verwaltung in der Altstadt zu prüfen. Diese Idee ist nach Meinung der FDP-Fraktion an dieser Lage heute kein Thema mehr. Hat sich der Stadtrat auch Gedanken gemacht, ob es in dieser Stadt nicht andere Gebiete gibt, an denen studentisches Wohnen zu tieferen Bodenpreisen und weniger Subventionen realisiert werden könnte?

Bei der Beantwortung der Frage 4 widerspricht sich der Stadtrat gleich selbst; nachdem er in Antwort 2 eine grosse Vielfalt von Lösungsansätzen geboten hat, wird nun darauf hingewiesen, dass die Rahmenbedingungen eng seien. Ja was gilt nun! Enge Rahmenbedingungen und dennoch viele Lösungsansätze!

Frage 5 bezüglich eines möglichen Verkaufs: Der Stadtrat erklärt sich mit seiner Immobilienstrategie, was sein gutes Recht ist. Dennoch möchten die Interpellanten auch hierzu eine Anschlussfrage stellen: Wenn der Stadtrat beabsichtigt, die gesamte Häuserzeile an der Kirchenstrasse angrenzend an die Brandruine Kolinplatz 21 im Einklang mit dem Altstadtreglement zu sanieren, weshalb legt er dann nicht eine Gesamtvorlage vor? Wäre es nicht sinnvoll die gesamte Häuserzeile einheitlich zu sanieren, zu renovieren, in Stand zu stellen? Bezüglich Verkaufsvariante, die nach wie vor eine Option darstellen muss, möchten die Interpellanten zu bedenken geben, dass ein solches Objekt als „Liebhaberobjekt“ gelten wird. Übernimmt eine Privatperson ein solches Objekt, weiss sie, dass sie sich an Altstadtreglement und die Auflagen der Denkmalpflege halten muss. Ein möglicher Kaufinteressent kauft ein solches Objekt nur, wenn ihm das Objekt und die Altstadt am Herzen liegen. Er weiss frühzeitig, dass er an dieser Lage nie ein Renditeobjekt realisieren kann.

Zu Frage 7: bezüglich der Gastronomie: Die Interpellanten sind glücklich über die Feststellung des Stadtrates, dass die Gastronomie nicht zu seinem Kerngeschäft gehört! Bereits heute setzen sie ein Fragezeichen betreffend Rendite eines allfälligen Pacht- oder Mietverhältnisses mit einem Betreiber eines solchen Gastrobetriebes.

Abschliessend möchte Barbara Hotz namens der FDP-Fraktion festhalten, dass es der-einst durchaus möglich ist, dass der GGR zum Projekt, das aus dem Wettbewerb hervorgehen wird, nein sagen könnte. Auf die Erklärung „ja, aber jetzt ist das Projekt schon so weit fortgeschritten, jetzt kann man doch nicht nein sagen“, verzichtet die die Fraktion der FDP schon heute. Und es wäre dazumal auch nicht der Grosse Gemeinderat, der weitere CHF 200'000.-- in den Sand setzen würde!

Karin Hägi beantragt Diskussion.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird und somit die Diskussion stillschweigend als beschlossen erscheint.

Karin Hägi: Die Beweggründe zu diesem Vorstoss gaben in der SP-Fraktion mehr zu reden als der Vorstoss selber. Was missfällt der FDP an dem Konzept einer günstigen Wohnmöglichkeit für junge Menschen in der Stadt Zug? Dies ist wahrhaftig ein Angebot, das in der Stadt Zug fehlt. Bei den momentanen Mietpreisen eine bezahlbare Wohnmöglichkeit zu finden, ist für erwerbstätige Menschen schon schwierig genug, für Jugendliche in Ausbildung und Studierende fast unmöglich. Daher erachtet es die SP-Fraktion sehr wohl als Aufgabe der Stadt, hier aktiv zu werden. Und bei einem Verkauf der Liegenschaft ist schon im Vorhinein absehbar, dass an dieser Lage entweder Büros oder gehobener Wohnraum entstehen wird. An beiden mangelt es nicht in der Stadt Zug! Die SP-Fraktion befürwortet das Vorgehen des Stadtrats sehr. Sie ist vehement dagegen, städtisches Land oder Liegenschaften zu verkaufen, im Gegenteil, von ihr aus darf der Stadtrat sich etwas bestrebt um Neuanschaffungen bemühen. Die SP-Fraktion begrüsst den laufenden Wettbewerb, den die Stadt Zug ausgeschrieben hat und ist gespannt auf die Resultate. Auf alle Fälle will sie den laufenden Prozess nicht abwürgen bevor überhaupt klar ist, was denk- und machbar ist.

Philip C. Brunner nennt als Beispiel ein Gebiss und einen mittelalterlichen Plan einer Stadt. Dabei kann man sich vorstellen, dass die kleinen Zähne kleine und die grossen Zähne grosse Häuser sind. So ist es mit der Altstadt. Sie ist wie ein Gebiss. Ein Zahn im Kolineviert ist rausgerissen worden. Er ist beim Rauchen verbrannt. Andernorts sieht es in diesem Gebiss auch etwas schlimm aus. Philip C. Brunner dankt namens der SVP-Fraktion der FDP-Fraktion für diese Interpellation und die kritischen Fragen und ist weitgehend mit den Ausführungen von Barbara Hotz einverstanden. Es ist falsch, dass jetzt wie bei einem Zahnarzt begonnen wird, bei dieser Zahnlücke Kolineviert eine grosse Bauübung zu machen. Viel eher hätte es die SVP-Fraktion begrüsst, wenn für die gesamte Altstadt eine Art Masterplan erarbeitet worden wäre. Das Stichwort heisst letztlich zentrale Stadtverwaltung. Wenn das alte Postulat der SVP-Fraktion bezüglich

einer zentralen Stadtverwaltung - nicht am Kolinplatz, sondern andernorts, vielleicht am Postplatz - weiter gedacht wird, zeigt sich, dass relativ viele Objekte in der Stadt frei wären. Dann werden einige Fragen bezüglich Verkauf, Nutzung usw. aufkommen. Die Sorgen des Komitees 2000 Watt Gesellschaft werden bezüglich des energetischen Wahnsinns im Haus Zentrum durchaus geteilt. Es scheint nicht prioritär, am Kolinplatz mit CHF 200'000.-- weiter zu investieren, was zu einem Gesamtbetrag von CHF 1,4 Mio. führt. Schlussendlich weiss man zudem nicht, ob der GGR das Projekt so gut finden wird. Ein Masterplan hätte den Vorteil, dass eine Gesamtschau vorliegt. Mit den Argumenten der SP-Fraktion bezüglich Wohnen kann Philip C. Brunner durchaus leben und findet es auch richtig, dass man in der Altstadt wohnen sollte und nicht dort Büros der Stadtverwaltung verteilt auf 9 verschiedene Standorte angesiedelt sein sollen. Es wird Problem um Problem weiter behandelt. So wird an der Grabenstrasse 6 ein Bed and Breakfast-Konzept realisiert. So dreht sich ein Zahnchen um das andere. Das ganze Gebiss ist aber damit immer noch faul, was das eigentliche Problem ist. Philip C. Brunner warnt den Stadtrat vor blindem Aktivismus. Die SVP-Fraktion wird ihn dabei auch nicht unterstützen. Es gibt im erwähnten Gebiss noch weitere Leichen, wie z.B. das Centro italiano an der Zugerbergstrasse. Auch hier muss man sich fragen, wie es weitergehen soll. Philip C. Brunner empfiehlt, mehr gesamtheitlicher zu denken und etwas weniger mit schnellem Aktivismus, auch wenn es zugegebenermassen am Kolingeviert nicht sehr schön aussieht.

Stefan Hodel: Die Interpellation der FDP gibt auch der Fraktion Alternative-CSP die Möglichkeit, hier kurz zum Projekt Kolinplatz 21 zu sprechen. Der Stadtrat ist mit seinem Projekt auf gutem Wege. Im Juli 2009, bei der Abrechnung des Projektierungskredites, hat die Fraktion Alternative-CSP angeregt, hier Wohnraum zu schaffen. Die Idee, an diesem Ort kostengünstigen Wohnraum für Jugendliche zu schaffen, knüpft an die Zeiten vor dem Brand an, als hier ab 1991 in einer Wohngemeinschaft der Vereinigung für Jugendfragen Lehrlinge und Studenten wohnten. Die jungen Leute schätzten die zentrale Lage. Sie haben sich vom Verkehrslärm nicht stören lassen. Die WG-Zimmer waren sehr begehrt. Die Fraktion Alternative-CSP findet es richtig, dass auch beim Thema Wohnen für einmal die junge Generation profitieren kann. Auch die Idee, hier Platz zu schaffen für einen Gastrobetrieb, knüpft an alte Zeiten an. Gab es doch an diesem Ort das Restaurant Pfauen, das ist allerdings etwas länger her. Die Fraktion Alternative-CSP kann sich allerdings hier auch ganz gut einen Laden vorstellen. Die Idee der FDP-Fraktion, das Grundstück zu veräussern, findet sie nicht gut. Diese nimmt der Stadt die Möglichkeit, selber zu entscheiden, was hier entstehen soll.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass die Interpellation der FDP-Fraktion vom 12. April 2011 betreffend Kolinplatz beantwortet ist und als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden kann.

5. Interpellation Fraktion Alternative-CSP vom 12. April 2011 betreffend Zone für preisgünstigen Wohnungsbau

Der Wortlaut der Interpellation befindet sich auf S. 6 des GGR-Protokolls Nr. 5 vom 12. April 2011.

Stadtrat André Wicki beantwortet die Interpellation namens des Stadtrates wie folgt: Am 12. April 2011 hat die Fraktion Alternative-CSP die Interpellation "Zonen für preisgünstigen Wohnungsbau" eingereicht. Sie stellen darin dem Stadtrat eine Reihe von Fragen. Vorerst eine kleine Vorbemerkung. Die Verwaltungs- und Aufsichtsbeschwerde gegen die Verordnung des Stadtrates ist sistiert worden, da sich alle Parteien für eine einvernehmliche Lösung gesprächsbereit zeigten. Bereits anfangs April fand die erste Sitzung statt.

Antwort auf die Frage 1:

Der Regierungsrat hat festgestellt, dass die Verweisung auf das kantonale Wohnraumförderungsgesetz für die "wesentlichen baulichen Voraussetzungen" der Klarheit widerspricht, die mit einem Gesetz - im materiellen Sinne - erreicht werden soll. Die Bauordnung der Stadt Zug verweist auf das Wohnraumförderungsgesetz, diese auf die Wohnraumförderungsverordnung und diese auf die bundesrechtlichen Vorschriften. Für das von der Stadt Zug in der Bauordnung vorgesehene Kaufs- und Vorkaufsrecht fehlt die kantonale gesetzliche Grundlage, die es einer Einwohnergemeinde erlauben würde, diese Instrumente einzusetzen. Diese steht nach § 5 Abs. 2 des Wohnraumförderungsgesetzes einzig dem Kanton zur Verfügung. Hinsichtlich der Frage nach möglichen Auswirkungen kann festgehalten werden, dass der fehlende Verweis in der Bauordnung keine rechtlichen Folgen hat. Die baulichen Vorgaben der Wohnbauförderungsgesetzgebung sind nur dann einzuhalten, wenn die Bauherrschaft Unterstützungsbeiträge vom Kanton Zug in Anspruch nimmt. Das fehlende Vorkaufsrecht der Stadt Zug hingegen führt dazu, dass ein allfälliges Zweckentfremdungsverbot bei Eigentumswohnungen nur vom Verkäufer bzw. der Bauherrschaft eingefordert werden kann. Der Stadt Zug fehlen demzufolge wirksame Instrumente, um bei Wohneigentum das Zweckentfremdungsverbot zu sichern.

Antwort auf die Frage 2:

Die Koppelung der Mietzinsobergrenze mit den Anlagekosten des Bundes und des hypothekarischen Referenzzinssatzes des Bundes führt zu leicht tieferen Mietzinsobergrenzen. Ausserdem muss die Verordnung so weniger häufig angepasst werden als das bei den schwankenden Zinssätzen der Fall wäre. Es war immer erklärtes Ziel, mit dieser überlagernden Zone preisgünstige Mietwohnungen zu fördern. Zudem hat die Stadt Zug bei Eigentumswohnungen keine Mittel, um eine künftige Zweckentfremdung zu verhindern.

Antwort auf die Frage 3:

Der Stadtrat befindet sich in Verhandlungen mit den betroffenen Grundeigentümern. Es wird eine einvernehmliche Lösung angestrebt, daher wurde das Beschwerdeverfahren sistiert. Der Stadtrat wird sich, solange diese einvernehmlichen Gespräche im Gang sind, nicht dazu verlautbaren.

Antwort auf die Frage 4:

Im Gebiet Oberwil wird zurzeit ein Architekturwettbewerb durchgeführt. Die erste Jurierung fand am letzten Freitag statt. Im Gebiet Lüssi/Göbli wird gestützt auf ein städtebauliches Studienverfahren ein Bebauungsplan erarbeitet. Dieser wird noch dieses Jahr vom Stadtrat beschlossen und dem Rechtssetzungsverfahren unterzogen. Im Gebiet Schleife Nord wird zurzeit ein städtebauliches Studienverfahren durchgeführt. Gestützt darauf wird ein Bebauungsplan erarbeitet. Im Gebiet Rank liegen erste Projektskizzen vor. Auch im Rank soll noch in diesem Jahr der Bebauungsplan vom Stadtrat beschlossen und dem Rechtssetzungsverfahren unterzogen werden. Die Anzahl der preisgünstigen Wohnungen wird durch die Bauherrschaft festgelegt. Mindestens 50 % der maximal möglichen ca. 680 Wohnungen sind dem preisgünstigen Wohnungsbau zuzuführen. Dies entspricht mindestens ca. 340 Wohnungen.

Antwort auf die Frage 5:

Die schweizerische Gesetzgebung kennt keinen Bauzwang. Die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer sind frei in ihrer Entscheidung, wann sie ihr Grundstück überbauen wollen. Da die Planungen schon weit fortgeschritten sind, darf jedoch davon ausgegangen werden, dass bereits im kommenden Jahr mit dem Bau der ersten preisgünstigen Wohnungen in der dafür geschaffenen Zone begonnen wird.

Stadtrat André Wicki beantragt dem GGR, die Interpellationsantwort zur Kenntnis zu nehmen.

Astrid Estermann beantragt Diskussion.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt ist und somit die Diskussion stillschweigend beschlossen erscheint.

Astrid Estermann dankt dem Stadtrat für die schnelle Beantwortung und den Zeitungsbericht, welcher bereits kurz nach der Interpellation erschienen ist. Für die neu im GGR Einsitz nehmenden Personen möchte Astrid Estermann noch einen kurzen Rückblick machen, weshalb die Idee des preisgünstigen Wohnungsbaus ihr so am Herzen liegt. Diese Zone entstammt der Partei der Alternativen-CSP. Dazu mussten zahlreiche Personen angefragt werden, ob es eine Zonierung für preisgünstigen Wohnungsbau gäbe. Das war aber nirgends der Fall. In der ersten Lesung der Ortsplanung wurde ein erster Vorschlag unterbreitet, der jedoch eher Handgelenk mal pi entstanden war. Nach der ersten Lesung war Astrid Estermann noch etwas ausgelacht worden. Dann kam aber eine Dynamik in Gang, die erfreulicherweise schlussendlich zur Zone für preisgünstigen Wohnungsbau führte. Da zu hören war, dass aufgrund der Verordnung Einsprachen erfolgt sind, wurde diese Interpellation eingereicht. Der Stadtrat hat die Fragen dahingehend beantwortet, dass die Eigentümer nach wie vor diese Zonen akzeptieren und bereits an der Planung sind. Das ist sehr erfreulich. Es wäre schade gewesen, wenn ein langer Rechtsstreit in die Wege geleitet worden wäre. Das vom Kanton gestrichene Vorkaufsrecht hat dazu beigetragen, dass jetzt keine Eigentumswohnungen möglich sind. Astrid Estermann hofft nun auf eine einvernehmliche Lösung mit den vier Eigen-

tüchern und dass trotzdem die Sicherheit für die zukünftigen preisgünstigen Wohnungen erhalten bleibt. Die Fraktion Alternative-CSP ist sich bewusst, dass nicht rechtlich gesichert werden kann, dass hier Mieter einziehen werden, welche auf diesen preisgünstigen Wohnungsbau angewiesen sind, hofft aber, dass die Wohnungen trotzdem diesen Menschen zugute kommen.

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass die Interpellation Fraktion Alternative-CSP vom 12. April 2011 betreffend Zone für preisgünstigen Wohnungsbau beantwortet ist und als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden kann.

6. Interpellation Fraktion Alternative-CSP vom 29. März 2011 betreffend Richtlinien Vermietung Familienwohnungen Frauensteinmatt

Der Wortlaut der Interpellation befindet sich auf S. 5 f. des GGR-Protokolls Nr. 5 vom 12. April 2011.

Stadtrat Ivo Romer beantwortet die Interpellation namens des Stadtrates wie folgt:
Am 29. März 2011 hat Stefan Hodel namens der Fraktion Alternative-CSP die Interpellation eingereicht. Es wurden darin zwei Fragen gestellt. Vorerst einige Vorbemerkungen: Am 9. November 2010 hat der Stadtrat die Richtlinien für die Vermietung der Familienwohnungen verabschiedet und die Mietzinse für die 12 Familien- und 36 Alterswohnungen im Zentrum Frauensteinmatt festgelegt. Alle 12 Familienwohnungen und 28 Alterswohnungen fallen aufgrund der Mietzinsgestaltung unter das WFG (Wohnbauförderungsgesetz des Kantons Zug). Am 17. Dezember 2010 hat die Abteilung Immobilien im Amtsblatt und auf der Internetseite der Stadt Zug die 12 Familienwohnungen ausgeschrieben. Am 8. Januar 2011 hatten die Interessenten sowohl der Familien- wie auch der Alterswohnungen die Möglichkeit, diese vor Ort zu besichtigen. Rund 200 Interessierte haben diese Möglichkeit wahrgenommen. Bis zum Anmeldeschluss vom 15. Januar 2011 sind für die 12 Familienwohnungen nur 23 Anmeldungen eingegangen. Davon konnten 8 Interessenten berücksichtigt werden. Nach dem Erscheinen des Zeitungsartikels im März 2011 sind weitere 10 Bewerbungen eingegangen. Die Richtlinien für die Wohnungszuteilungen sehen wie folgt aus, wobei es Hauptkriterien und Zusatzkriterien gibt:

Für das Hauptkriterium ist die Personenzahl massgeblich. Da wird auch bestimmt, wie viele Jugendliche darunter sind. Die grösste Problematik manifestiert sich in der Bedingung für die 3,5-Zimmerwohnungen. Hier geht es um 3 Erwachsene, wovon mindestens 1 Kind.

Zusatzkriterien: Gesuchstellende mit Wohnort im Kanton Zug und Arbeitsort in der Stadt Zug erhalten den Vorzug. Es gibt auch den Vorzug für Gesuchstellende, welche ein Haus oder eine grössere Wohnung durch einen Umzug freigeben würden. Der Stadtrat kann Ausnahmen bewilligen. Diese Ausnahmen wurden tatsächlich teilweise bewilligt.

Antwort auf die Frage 1:

Mit den strengen Richtlinien soll die politisch gewünschte Zielgruppe der Wohnungssuchenden erreicht werden. Der Stadtrat hat an seiner Sitzung vom 9. November 2010 die Richtlinien für die Wohnungszuteilungen vom 23. Februar 1993 eingehend diskutiert, überarbeitet und verabschiedet.

Antwort auf die Frage 2:

Seit Ende April 2011 sind sämtliche 12 Familienwohnungen vermietet. 9 Mieter erfüllen die Kriterien gemäss den aktuellen Richtlinien. Bei 3 Mietern wurden aufgrund der Zusatzkriterien oder im Sinne einer Ausnahme Wohnungen zugeteilt. Die Vorgaben des Amtes für Wohnungsbau wurden entsprechend umgesetzt (die Mietverträge für 3,5- bis 5,5-Zimmerwohnungen sind mit dem Vermerk "Wohnungen mit Kindern" auszufer-

tigen). Werdende Eltern haben bereits 3,5-Zimmerwohnungen erhalten. Dies wird auch in Zukunft so gehandhabt. Aufgrund der Erfahrungen bei der Vermietung der Familienwohnungen Frauensteinmatt wurde die Abteilung Immobilien beauftragt, die Richtlinien für die Wohnüberbauung Roost zu flexibilisieren. Wichtig bei einer Bereinigung der Richtlinien wird sein, dass Ehe- oder Konkubinatspaare zwischen 40 und 74 Jahren berücksichtigt werden können. Die Nachfrage nach 3,5-Zimmerwohnungen ist von dieser Personengruppe besonders gross.

Stefan Hodel: Der Grund für diese Interpellation war damals bekanntlich ein Artikel in der Sonntagszeitung. Der Artikel erweckte den Eindruck, die Zuger Wohnungssuchenden hätten zu grosse Ansprüche. Es war zudem wichtig, im Hinblick auf die Vermietung der Wohnungen in der Roostmatt einen Denkanstoss zu geben. Dass dies gelungen ist, beweist die heutige Antwort von Stadtrat Ivo Romer. Der Stadtrat ist bereit, die Richtlinien zu flexibilisieren, wie er sagt. Es soll also in Zukunft nicht mehr zwingend nötig sein, dass man zu dritt sein muss, um eine 3-½ Zimmerwohnung zu erhalten. Aus ökologischen Gründen macht es durchaus Sinn, Wohnraum gut auszulasten. Viele haben das Gefühl, die Grünen zeigen nur immer auf die geplagten Fahrer von Offroadern. Wenn jedoch Personen beispielsweise alleine mehr als 100 m² Wohnraum für sich beanspruchen, so handeln diese Zeitgenossen genau so kurzsichtig und asozial wie diejenigen, die mit einem viel zu grossen Auto in der Gegend herum kurven. Man soll jedoch nicht päpstlicher als der Papst sein, deshalb begrüsst Stefan Hodel die positive Antwort des Stadtrates auf seine Interpellation. Schön ist es auch zu hören, dass mittlerweile alle 12 Familienwohnungen vermietet sind.

Manuel Brandenburg beantragt Diskussion.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird und somit die Diskussion als beschlossen erscheint.

Manuel Brandenburg ist persönlich der Meinung, dass sich jemand, der ein grosses Auto fährt, sozial verhält und für Umsatz sorgt. Es ist Jedermanns freie Entscheidung, welches Auto er fahren möchte. Dieser Moralpredigten in diesem Rat durch gewisse Exponenten der linken Parteien ist Manuel Brandenburg etwas müde, andere möglicherweise mit ihm auch. Zudem erweckt diese Interpellation den Eindruck der Effekthascherei, denn aus der kompetenten Antwort des Stadtrates ist ersichtlich, dass gar kein Problem besteht. Sämtliche Wohnungen sind gemäss den vorgegebenen Richtlinien und den gemäss den stadträtlichen Richtlinien vorgesehenen Ausnahmebestimmungen vermietet. Man reicht aber trotzdem eine Interpellation ein. Stefan Hodel wird als kluger Mensch gebeten, zukünftig etwas andere Vorstösse einzureichen.

Urs Bertschi: Hier geht es um das Wohnen und nicht bloss um eine zerschlagene Scheibe in der Eisbahn. Es geht also hier um einiges mehr als bei den depperten Vorstössen der SVP. Urs Bertschi spricht zugleich sowohl zu Traktandum 6 wie auch zu Traktandum 7:

Der Bau des Zentrums Frauensteinmatt kam gut voran. Die Kosten, wenn man dem letzten Bericht Glauben schenken darf, hat man ebenfalls im Griff. Trotz Projektänderungen und –mutationen soll der bewilligte Baukredit eingehalten werden können. Zahlreiche Seniorinnen und Senioren freuen sich, bald in diese neuen Gefilde einziehen zu dürfen. Denn damit rechnen konnte man nicht bei dieser Nachfrage, da brauchte es schon viel "fortune". Für alle lauter Gründe zum Jubilieren! Für alle? – Eben nicht. Einer jammert auf hohem Niveau, ist gar "ernüchtert"! Er, der gedacht hatte, Zitat: "dass uns die Interessenten die Bude einrennen," muss stattdessen einen grossen Aufwand betreiben, musste gar die Wohnungen zweimal ausschreiben und erhielt dennoch bloss 23 Anmeldungen, zu einem Zeitpunkt, in welchem die Vergabekriterien noch nicht bekannt waren. Sodann wenig tröstlich für den arg gebeutelten Finanzchef, dass die Hälfte dieser Interessenten nicht einmal die Vergabekriterien der Stadt zu erfüllen vermochten. Und dann noch diese vermaledeiten Mieterinnen und Mieter, die sich mit elektrischen Storen, Geschirrspüler, grosszügigen Balkonen, in jedem Zimmer Telefon- und Internetanschluss, zwei Nasszellen bis hin zu Waschmaschine und Tumbler nicht zufrieden geben wollen. Nein, da gibt es welche, die auch noch Seesicht verlangen! "Vollkasko-Mentalität" schimpft er dies, hohe Ansprüche auf viel Komfort und wenig eigene Leistung, alles auf Kosten der Öffentlichkeit. "Gesellschaftspolitischer Zündstoff" vermutet der Finanzchef gar dahinter! Urs Bertschi könnte weiter aus dem Interview zitieren, bis auch allen Anwesenden sämtliche Haare im Nacken zu Berge stehen. Wie Recht er nur hat, der Herr Romer, mit dem Sprengstoff. Es hat Urs Bertschi fast "verjagt" an diesem schönen Sonntagmorgen, als er dieses Interview über sich ergehen lassen musste. Er konnte es kaum glauben, dass ein Stadtrat seiner Heimatstadt mit einer an Ignoranz grenzenden Nonchalance gegenüber einem der dringendsten Probleme dieser Stadt und des Kantons hinweglaviert und dabei auch noch gleich die Mieterinnen und Mieter mit ihren vermeintlich übersteigerten Komfortansprüchen mit in die Pfanne haut. Dass er dabei auch noch gleich eine Lektion in darwin'schem "survival of the fittest" erteilt, frei nach dem Motto "Wenn schon keine Kohle, dann aber bitte keine Ansprüche!", wundert dann nicht mehr. Gleichwohl aber wirft dies die Frage auf, ob die Stadträte derart abgehoben politisieren, dass sie die Sorgen und Nöte eben auch des Mittelstandes schlicht nicht mehr kennen, dass die prekäre Situation auf dem Wohnungsmarkt für sie ein schlichtes, politisch bloss hochstilisiertes Abstraktum darstellt. Von jedem Stadtrat verlangt Urs Bertschi, dass er auch ein seiner Mutterpartei missliebigeres Thema mit gebührendem Respekt zur Sprache bringt, auch wenn dieses noch nicht zum Lieblingsthema seiner frei denkenden Partei geworden ist. Denn das Thema Wohnen in Zug dürfte nolens volens auch zum Thema der FDP werden. Erst gestern gestand Urs Bertschi beispielsweise ein arrivierter Zuger Wirtschaftsanwalt - nicht Manuel Brandenburg war es - dass es den jungen Anwälten ihrer Kanzlei kaum möglich sei, hier in Zug eine zahlbare Wohnung zu finden. Na dann Prost! Gescheiter hätte man wohl das besagte Interview dazu genutzt, um die vom Stadtrat in unglücklicher Weise festgesetzten Vergabekriterien ernsthaft zu hinterfragen. Weiss der Teufel, was den Stadtrat dabei geritten hat, 3,5-Zimmerwohnungen bloss an Einkind- und 4,5-Zimmerwohnungen bloss an Zweikindfamilien zu vergeben. Schon mal was von Familienplanung gehört? Es ist wohl nicht ganz weltfremd, dass, wenn ein junges Paar sich

zur Familie mausern will, häufig sich eben für die Gründung einer Familie erst dann entschliesst, wenn es eine Wohnung hat und nicht im Detail zu wissen, wie viele Kinder es genau dereinst sein werden. Meist aber soll es ja nicht bei der Einkindfamilie bleiben, wie wohl die Statistik im Kanton Zug gerade dies zu belegen scheint. Gerade bei der Familiengründung soll aber die künftige Wohnung eben die "Familien-Ausbauoption" mitenthalten, ohne deswegen gleich wieder den Wohnungsmarkt abklappern zu müssen und sich für den Fall des neuerlichen Umzugs auch noch gleich mit hohen Umzugskosten konfrontiert zu sehen. Kurz: dem Stadtrat sei empfohlen, die Vergaberichtlinien mit dem nötigen politischen Mut zu überdenken. Dies nicht zuletzt aus Gründen der Solidarität mit dem Finanzchef, um diesem bei der Vermietung des Roost, wie von ihm im Interview nämlich bereits befürchtet, ein weiteres Vermietungs-Debakel zu ersparen. Dies, obwohl die Wohnungen in der Frauensteinmatt alle längst vermietet sind. Und zu guter Letzt noch dies: Mieterinnen und Mieter dürfen durchaus als mündige Konsumentinnen und Konsumenten verstanden werden, die eben auch eine relativ günstige Wohnung nicht anmieten, wenn die persönlich gesetzten Rahmenbedingungen nicht stimmen, und eben einen Mietvertrag nicht einfach deswegen unterzeichnen, bloss weil eine Wohnung günstig ist. Und wenn jemand Seesicht anstrebt, ist dies – wohl auch in der Lesart der Urliberalen -, die es in diesem Saale zwar nicht mehr allzu viele gibt, sein gutes Recht, eine ebensolche Wohnung zu suchen, um sich sein "Träumli" zu realisieren, allerdings eben nur dann, wenn es der Markt und die persönlichen Finanzen solches eben zulassen. Mit "Vollkasko-Mentalität" hat dies aber nichts zu tun und es ist – das kann hier Deutsch und deutlich gesagt werden – nach Meinung von Urs Bertschi auch nicht Sache der Stadt, solche Idealvorstellungen zu subventionieren. Es wird aber je länger je mehr Sache der öffentlichen Hand sein, in geeigneter Weise regulierend in den Mietmarkt einzugreifen, sei es durch Zonen für preisgünstigen Wohnungsbau oder eben durch Vorhaben wie hier in der Frauensteinmatt oder im Roost!

Manfred Pircher hat die Grimms-Märchen von Urs Bertschi gehört und weiss nicht, wo dieser die Zeit hiefür hernimmt. Aber man kann aus einer Mücke auch einen Elefanten machen!

Stadtrat Ivo Romer: Es brauchte den Anstoss bzw. die Interpellation nicht, damit die Verwaltung und der Stadtrat aufgrund der Erfahrung mit der Frauensteinmatt selber darauf gekommen sind, es brauche gewisse Veränderungen und Flexibilisierungen. Nun ist es aber noch entsprechend parlamentarisch behandelt. Urs Bertschi hat Stadtrat Ivo Romer wieder einmal eine gesalzene Abrechnung präsentiert. Stadtrat Ivo Romer ist bewusst provozierend in diesen Zeitungsartikel eingestiegen. Wenn schon daraus zitiert wird, sollte aber auch der ganze Artikel nochmals durchgelesen werden. Manchmal heiligt der Zweck aber die Mittel. Es sind alle Wohnungen vermietet. Ob diese Erfolgsmeldung auch ohne diesen Zeitungsartikel gemacht werden könnte, ist offen. Erstaunlich und erfreulich findet Stadtrat Ivo Romer, dass er Urs Bertschi nach wie vor politisch erzürnen kann, auch wenn es sonntags beim Lesen eines Zeitungsartikels ist.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass die **Interpellation Fraktion Alternative-CSP vom 29. März 2011 betreffend Richtlinien Vermietung Familienwohnungen Frauensteinmatt** beantwortet ist und als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden kann.

7. Zentrum Frauensteinmatt: 2. Zwischenbericht (Stand 9. März 2011)

Es liegt vor:

Bericht des Stadtrates Nr. 2002.6

Eintreten

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag gestellt ist und somit Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

Detailberatung

Philip C. Brunner, Präsident GPK: Die GPK hat den Bericht mit Stadtrat und Verwaltung diskutiert, aber dazu keinen Kommissionsbericht verfasst.

Franz Iten: Die Fraktion Alternative/CSP nimmt positive Kenntnis vom 2. Zwischenbericht zum Zentrum Frauensteinmatt. Nach anfänglich langen Planungsverzögerungen, wegen Diskussionen über verschiedene Heizungssysteme, ob Nasszellen in den Demenzzimmern oder nicht, und Anzahl von Parkplätzen, gingen dann die Bauarbeiten in den letzten Monaten zügig voran und es konnte der Zeitplan eingehalten werden. Zum einen sind die ersten Wohnungen schon übergeben worden und zum andern stehen nur noch Abschlussarbeiten an. Auch die Finanzen können jetzt im geplanten Rahmen gehalten werden, es sollten sich also keine Mehrkosten mehr aufdrängen. Im Grossen und Ganzen findet die Fraktion Alternative-CSP die Überbauung Frauensteinmatt ein gelungenes Projekt. Nur die Einfahrt in die Tiefgarage gab noch zu Diskussionen Anlass. Diese benötigt zu viel Umgebungsfläche, und der Einfahrtbogen mit den Stützmauern wirkt zu dominant. Und in der heutigen Zeit mit Klimaerwärmung, Wasserknappheit und fragwürdiger Stromproduktion benötigt es bei einer Tiefgarageneinfahrt sicher keine Bodenheizung. Schneeschaufeln statt Fitnesspark! Die Fraktion Alternative-CSP dankt dem Stadtrat und den zuständigen Departementen für die gute Arbeit und die ausführliche Berichterstattung.

Stefan Moos: Was lange währt, wird endlich gut. Unter diesem Sprichwort könnte man dieses Projekt Frauensteinmatt zusammenfassen. Das Projekt begleitet Stefan Moos schon seit fast dem ersten Tag in diesem Rat, also seit über acht Jahren. Als Teil einer Minderheit in diesem Rat, welche diesen langen Weg mitgemacht hat, kam Stefan Moos die Ehre zu, für die FDP-Fraktion zum zweiten Zwischenbericht Stellung zu nehmen. Über acht Jahre ist eine wahrlich lange Zeit. Es ist gut, dauern nicht alle städtischen Projekte so lange, wie am Beispiel der Bossard-Arena gesehen werden konnte. Eine Minderheit des Stadtrates, welche auch schon seit über acht Jahren an diesem Pro-

jekt mit dabei ist, wird sich nun wehren und sagen, dass dieser Rat schuld ist an dieser Verzögerung. Das stimmt zum Teil sogar. Aber da, wo es stimmt, war es auch zwingend nötig. Es ist aber natürlich erfreulich, dass nun das Zentrum Frauensteinmatt bezogen wird, der genehmigte Baukredit eingehalten wird und alle Familienwohnungen vermietet sind. Die FDP-Fraktion erachtet es aber als richtig, dass es für die Vermietung strenge Vergabekriterien gab. Urs Bertschi sagte vorhin, dass es hier drin nicht mehr viele Urliberale gäbe. Es hat aber nach Meinung von Stefan Moos wesentlich mehr Urliberale hier als richtige SP-Politiker, die zu ihren Wählern, Búezer und Arbeiter, noch schauen. Was Urs Bertschi vorhin präsentiert hat, war Jammern auf allerhöchstem Niveau. Man stelle sich vor, die Stadt hätte eine 4-Zimmerwohnung einem Paar vermietet. Wahrscheinlich wäre es der gleiche Exponent gewesen, der gesagt hätte, was der Stadt wohl einfallt, einem Doppelverdiener-Paar eine vergünstigte Wohnung zu vermieten. Zum Abschluss noch eine kurze Frage an den Stadtrat: Wie zu hören war, waren bisher die 12 Familienwohnungen für die Vermietung ein Thema. Es interessiert aber auch noch, ob neben den 12 Familienwohnungen auch die 36 Alterswohnungen bereits vermietet sind.

Richard Rüegg: Die CVP-Fraktion nimmt den zweiten Zwischenbericht Frauensteinmatt zur Kenntnis und betrachtet das Werk als gelungen. Trotzdem hat sich die CVP-Fraktion eine kritische Frage erlaubt: Im Zeichen der Energie-Diskussion über die 2000 Watt Gesellschaft, die der Stadtrat ja unterstützt, sowie dem Label Energiestadt Zug, wollte die CVP-Fraktion wissen, wie die Rampenheizung funktioniert und was der Sinn derselben ist. Die erhaltenen Antworten sind angesichts der Energie Diskussion nicht unbedingt befriedigend und bieten diverse Diskussionspunkte. Übertrieben scheint zum Beispiel die Aussage, dass die Schneeräumung der Rampe "Fremd eingekauft werden müsse" weil der interne Hausdienst mit der Räumung der Hauseingänge beschäftigt sei.

Philip C. Brunner, Präsident GPK: Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für diesen Zwischenbericht und möchte dabei ihr Gewicht auf einen etwas anderen Punkt legen, nämlich die Komplexität dieses Projektes. Es wurde von Stefan Moos bereits erwähnt, dass über lange Zeit weite Teile der Stadtverwaltung mit diesem Projekt beschäftigt. Dem Stadtrat darf ein Lob ausgesprochen werden, dass nun alles einigermaßen unter ein Dach gebracht werden konnte und ohne zusätzliche Kosten abgewickelt werden kann. Allen, die im Grossen oder Kleinen hier mitgearbeitet haben, wird daher der Dank ausgesprochen.

Stadträtin Vroni Straub beantwortet als Stellvertreterin des abwesenden Stadtrates Andreas Bossard die von Stefan Moos gestellte Frage insofern, dass ausser einer Alterswohnung sämtliche vermietet sind. Der Stadtrat ist froh, dass diese eine Wohnung noch frei ist, gibt dies doch Spielraum für Notfälle.

Karl Kobelt: Es ist gut, diesen Wohnraum im Frauensteinmatt vollumfänglich zu vermieten und keine Reserven zu áufnen. Es gibt genug Bedarf, dass dieser Wohnraum benutzt wird.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass der GGR somit den Zwischenbericht des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

8. Motion Fraktion Alternative-CSP vom 16. März 2009 betreffend Erweiterung Strandbad und Motion CVP-Fraktion vom 24. Februar 2010 betreffend bessere Nutzung des Stierenmarkt-Areals

Es liegt vor:

Zwischenbericht des Stadtrats Nr. 2137

Eintreten

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag gestellt ist und somit Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

Detailberatung

Astrid Estermann dankt dem Stadtrat für diesen Zwischenbericht. Der Kanton hat den Stadtrat angewiesen, für die Oeschwiese eine Nutzung festzulegen, damit ein öffentliches Interesse ausgewiesen werden kann. Aufgrund eines in Auftrag gegebenen Masterplans sollen die Möglichkeiten eruiert werden. Die Fraktion Alternative-CSP begrüsst es, wenn auf der Oeschwiese eine Erweiterung des Strandbades nun doch geprüft wird. Die Bevölkerung von Zug nimmt stetig zu, und es kommt vor allem beim Strandbad und beim Seelikon immer öfters und regelmässig zu sehr engen Verhältnissen. Die Erweiterung ist sehr einfach zu realisieren, liegt direkt daneben doch das Strandbad. Ob ein 50 m-Schwimmbecken tatsächlich notwendig und vor allem ökologisch ist, bezweifelt Astrid Estermann – aber immer noch besser, wenn nicht jeder in seinem eigenen Garten einen Swimmingpool realisiert. Astrid Estermann hat beim Stadtrat auch schon angeregt, entlang des Seeufers von der Badi Seelikon bis ins alte Kantonsspital am Ufer entlang eine 50 m Strecke abzustecken. Bis jetzt hatte der Stadtrat aber kein Musikgehör. Ausserdem ist bekannt, dass der Kanu-Club nicht mehr an seinem angestammten Ort im Choller bleiben kann. Die sehr aktiven 200 Mitglieder sind somit auf einen neuen Standort direkt am See mit gutem Zugang angewiesen. Die Oeschwiese wäre ein sehr geeigneter Standort. Der Stadtrat wird gebeten, nicht an den Bedürfnissen des Kanuclubs vorbeizuplanen und den Vorstand in die Planung einzubeziehen. Auch die Bauzone mit speziellen Vorschriften Stierenmarkt hat der Regierungsrat gestrichen und sie in der bisherigen Zone öffentliches Interesse belassen. Damit fielen auch die Bestimmungen der speziellen Vorschriften dahin. Die Fraktion Alternative-CSP hält aber an bereits damals geäusserten Bedingungen fest. Sie kann sich vorstellen, dass ein Teil des Stierenmarktareals mit einer neuen Messehalle ausgestattet wird. Dabei muss aber der bestehende offene Platz erhalten bleiben, die Halle keine übermässige Höhe aufweisen und sich an den Materialien der bestehenden Hallen – also Aussenfassade mit Holz - anlehnen. Es ist der Fraktion Alternative-CSP wichtig, den Charakter des Areals zu erhalten. Dieser Platz ist nämlich einmalig in seiner Ausprägung und stiftet Identität

im sonst modernen Hertiquartier. Parkplätze sind unterirdisch zu bauen und dürfen sicher nicht von der Allmendstrasse her erschlossen sein. Mit der Fristerstreckung bis im Juni 2012 ist die Fraktion Alternative-CSP einverstanden, geht es doch nicht mehr allzu lange.

Hugo Halter ist sehr erfreut über das Votum von Astrid Estermann und dass die Fraktion Alternative-CSP doch die Notwendigkeit sieht, auf dem Stierenmarktareal endlich etwas Intelligentes zu schaffen. Hugo Halter dankt im Namen der CVP-Fraktion dem Stadtrat für diesen Zwischenbericht und nimmt zur Kenntnis, dass er, was den Teil der CVP-Fraktion betrifft, leider nicht zügiger angepackt werden konnte. Die Zielrichtung der Motion zielt klar darauf ab, dass auf dem Stierenmarktareal eine gute Lösung, bzw. ein Optimum realisiert werden soll. Bereits proklamierte die Stadt Luzern vor kurzer Zeit in den Medien, dass sie auf der Luzerner Allmend ein Messezentrum realisieren möchte, das zumindest im Raum Zentralschweiz eines der grössten und modernsten sein soll. Die CVP-Fraktion bittet daher den Stadtrat von Zug, diesen klaren Hinweis aus Luzern nicht zu verschlafen und sich für die Stadt Zug einzusetzen, damit Zug nicht plötzlich nur noch reagieren statt agieren kann. Das zum Wohle der Zuger Bevölkerung, der bisherigen vielen Nutzer auf dem Stierenmarktareal und für die Standortattraktivität generell. Die CVP-Fraktion nimmt den Zwischenbericht zur Kenntnis, ebenso, dass bis anfangs 2012 konkrete Resultate zu erwarten sind.

Philip C. Brunner, Präsident GPK: Bei den beiden Vorrednern konnte erlebt werden, was alles in diese Vorstösse an verschiedenen Ideen, Vorstellungen und Wünschen hineingepackt wurde. Die SVP-Fraktion ist überzeugt, dass das vorgesehene Vorgehen des Stadtrates mittels Masterplan richtig ist. Genau das wurde vorher schon für die Altstadt gefordert. Dabei handelt es sich um eine Gesamtsicht des ganzen Gebietes von der Chamerstrasse bis irgendwo beim Brandenburg. Dabei sind verschiedene Varianten für eine möglichst optimale Lösung zu studieren. Tatsächlich sind verschiedene Problemstellungen (Verkehr, Ausstellungen, Freizeit, Strandbad usw.) vorhanden. Daher hat Stadtrat André Wicki völlig Recht, wenn er den Masterplan als Grundlage der weiteren Arbeit sieht. Diesem Masterplan sieht die SVP-Fraktion mit grossem Interesse entgegen und dankt dem Stadtrat für den heutigen Zwischenbericht.

Marcel Uhr: Die FDP-Fraktion nimmt vom Zwischenbericht Kenntnis und dankt dem Stadtrat dafür. Gerne hätte die Fraktion aber dabei etwas mehr Fleisch am Knochen gehabt. Alles stützt sich auf diesen ominösen Masterplan ab. Wer hat dabei die Federführung? Welche Überlegungen stehen konkret dahinter? All dies hätte die Fraktion der FDP gerne aus dem Zwischenbericht gelesen. Trotzdem kann die FDP-Fraktion positiv zu diesem Zwischenbericht stehen und ist gespannt, was in dieser „Käseglocke“ Masterplan an Interessantem ersichtlich sind wird.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass der GGR somit den Zwischenbericht des Stadtrates zur Kenntnis genommen hat.

9. Tennisclub Allmend und Tennisclub Zug: Sanierung der Tennisanlagen; Investitionsbeitrag

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2139

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2139.1

Die Gemeinderäte Barbara Hotz und Rainer Leemann begeben sich als Mitglieder dieser Tennisclubs freiwillig in den Ausstand.

Eintreten

Stadtrat Ivo Romer: Mit dem Bericht und Antrag vom 15. März 2011 möchte der Stadtrat dem Tennisclub Allmend und dem Tennisclub Zug sowie in Vertretung für die Halle der IG Traglufthalle, welche aus beiden Clubs besteht, einen Investitionsbeitrag an die Infrastruktur tätigen. Die Vorlage ist zwei Beiträge an die Clubs an deren Infrastruktur einerseits und CHF 300'000.-- für die Traglufthalle als gemeinsames Projekt der IG Traglufthalle aufgeteilt. Parallel beim Ausarbeiten zur Vorlage wurde seitens der IG bereits das Baugesuch für die Traglufthalle für CHF 300'000.-- eingereicht. Die Abklärungen der Baubewilligungsbehörde haben zum Resultat geführt, dass die beantragte Traglufthalle so gar nicht bewilligungsfähig ist. Nun könnte man die ganze Übung einfach vergessen und abbrechen. Es gibt aber seitens des Baudepartementes Lösungsansätze, wie eine baubewilligungsfähige Traglufthalle realisiert werden könnte. Dies bewegt sich aber im Rahmen von CHF 150'000.-- bis 200'000.-- Mehrkosten. Die CHF 300'000.-- reichen also nicht. Daher hat der Stadtrat beschlossen, dem GGR heute zu beantragen, den Teil der Traglufthalle mit CHF 300'000.-- abzutraktandieren und nur die Investitionsbeiträge an die Clubinfrastruktur zu behandeln, damit der Stadtrat eine separate Vorlage mit einer bewilligungsfähigen Traglufthalle vorlegen kann, die sich in einem Kreditrahmen von CHF 450'000.-- bis 500'000.-- bewegen wird. Der Stadtrat begründet dieses Vorgehen damit, dass er beide Vorhaben zum Erfolg führen will. Offensichtlich geht das mit dem geplanten und nicht bewilligungsfähigen Projekt so nicht.

Philip C. Brunner, Präsident GPK: Die GPK hat den stadträtlichen Bericht und Antrag am 11. April 2011 in 6-er Besetzung ausführlich behandelt. Im Bericht der GPK hat Philip C. Brunner versucht, den Geist der Diskussion wiederzugeben. Vom Antrag des Stadtrates, welcher letzte Woche per Mail verschickt wurde, ist Philip C. Brunner aber etwas überumpelt. Aber auch die GPK ist in ihrer Diskussion bereits auf dieses Thema gestossen. Eine Minderheit sah das Problem damals. Der Stadtrat hat damals versichert, dies werde in einem separaten Baubewilligungsverfahren geklärt. Deshalb hat die GPK schlussendlich mit 6:0 Stimmen dem Antrag des Stadtrates zugestimmt. Im Geiste der Diskussion und aufgrund der Begründung geht Philip C. Brunner davon aus, dass die übrigen Mitglieder der GPK mit der vom Stadtrat vorgeschlagenen Aufteilung der beiden Projekte einverstanden sind. Das ist aber reine Interpretation. Dieser Sachverhalt war zum Zeitpunkt der GPK-Diskussion noch nicht bekannt. Richtig ist aber, dass das Problem in der

GPK bereits angesprochen wurde. In diesem Sinne empfiehlt die GPK dem GGR die Vorlage zur Annahme.

Barbara Stäheli: Für die SP ist die Vorlage im Grundsatz unbestritten. Die beiden Tennisclubs ersuchen um einen Beitrag der Stadt, damit sie ihre Anlagen inklusive Clubhaus sanieren können. Ein nachvollziehbares Begehren. Die Stadt unterstützte in der Vergangenheit mit namhaften Beträgen verschiedene Vereine und Clubs, so zum Beispiel den SAC, Bocciacub, Yachtclub, EVZ, Armbrustschützenverein, Schützenverein etc. Die Unterstützung von Vereinen trägt in hohem Masse zu einer guten Lebensqualität in der Stadt Zug bei und zahlt sich in vielfacher Hinsicht aus. Nebst den Beiträgen der Stadt erbringen die beiden Clubs eine hohe finanzielle Eigenleistung, damit das Vorhaben verwirklicht werden kann. Bestandteil der Vorlage ist auch der Bau der Traglufthalle und eben diese Traglufthalle führt nun zu Diskussionen. Die Traglufthalle ist in der geplanten Form nicht bewilligungsfähig, wie aus dem Schreiben des Stadtrats vom 3. Mai zu erfahren war. Positiv gesehen könnte man sagen, immerhin wurde dies noch vor der GGR-Sitzung bemerkt und wenn man es negativ sehen will, wieso wurde die Vorlage in dieser Form überhaupt auf den politischen Weg geschickt? So oder so! Die SP-Fraktion unterstützt den Vorschlag des Stadtrates, an der heutigen Sitzung den Betrag von CHF 1,7 Mio. für die Sanierung der Plätze zu sprechen. Dies heisst aber nicht, dass sich die SP-Fraktion gegen den Bau einer Traglufthalle ausspricht. Grundsätzlich steht sie diesem Projekt positiv gegenüber und erkennt die Notwendigkeit einer Trainingsmöglichkeit im Winter. Damit die Sanierungsarbeiten der Plätze beginnen können, sagt die SP-Fraktion Ja zu den CHF 1,7 Mio. und zu einer Splittung der Vorlage. Der Unterstützungsbeitrag für die Traglufthalle soll mit einem überarbeiteten Projekt neu vorgelegt werden. Ebenso wird die SP-Fraktion die Überweisung des Postulates der glp unterstützen, da dies durchaus eine mögliche Zwischenlösung bis zur Fertigstellung der Halle sein kann.

Stefan Hodel: Nachdem in den letzten Jahren die Eishockeyspieler, Fussballer, Armbrustschützen, Streethockey- und Bocciaspieler, aber auch die Bergsteiger mit grossen Investitionsbeiträgen durch die Stadt unterstützt worden sind, ist es nicht mehr als gerecht, dass auch die Tennisspieler bei der Stadt anklopfen. Wer kann schon etwas dagegen haben, wenn in beiden Vereinen zusammen mehr als 300 Jugendliche sportlich gefördert werden? Die Fraktion Alternative-CSP zweifelt nicht daran, dass es sich beim Tennissport um einen gesunden Sport handelt, sofern dieser aktiv, also nicht vor dem Fernseher ausgeübt wird. Grosse Fragezeichen hat die Fraktion zur vorgeschlagenen Traglufthalle. Man kann doch nicht das Clubhaus sanieren oder neu bauen mit der Begründung, dieses verursache hohe Energiekosten, und gleichzeitig eine Traglufthalle errichten, deren Beheizung massiv Energie braucht. Es ist damit zu rechnen, dass für die Beheizung der Traglufthalle pro Wintersaison knapp 170 000 kwh Energie in Form von Gas verbrannt werden. Dies auch wenn ein sehr guter Hauswart darauf achtet, dass die Halle am Tag auf maximal 14 Grad aufgeheizt wird, und wenn Nachts die Temperatur gar auf 3 Grad absinken darf. Mit der gleichen Menge Gas lässt sich ein Mehrfamilienhaus mit 17 Wohnungen während eines Jahres beheizen, nicht nur das, auch das Heiss-

wasser für die 40 Bewohner lässt sich damit erwärmen. Der Energieverbrauch für eine Traglufthalle der vorgeschlagenen Art ist somit jenseits von Gut und Böse. Der Stadtrat hat klug gehandelt, wenn er vorschlägt, den für die Traglufthalle vorgesehenen Betrag von CHF 300 000.-- zu streichen. Die Fraktion Alternative-CSP ist gespannt, ob es gelingt, durch eine andere Bauart den Verbrauch an nichterneuerbarer Energie auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren. Bei der Ausarbeitung eines neuen Projektes sollte zudem geprüft werden, ob der vorgesehene Standort der Tennishalle am Riedmattweg, in der Nähe der alten Lorze, wirklich geeignet ist; dies aus Gründen des Landschaftschutzes. Die Fraktion AF/CSP sagt somit klar und einstimmig Ja zum reduzierten Kredit zugunsten der Tennisclubs in Zug.

Karl Kobelt: Ein lebendiges Vereinsleben ist ein Wesensmerkmal einer funktionierenden Gesellschaft. Das breite Angebot von Bildung, Kultur und Sport trägt wesentlich zur Standortqualität von Zug bei. Die Stadt Zug ist gut beraten, zu diesen Qualitäten Sorge zu tragen. In diesem Fall ist die Unterstützung seitens der Stadt besonders angezeigt. Im Tennisclub Allmend und im Tennisclub Zug finden Jugendliche eine sinnvolle Freizeitaktivität. Beide Clubs tragen bei den Kosten für die Sanierung und Erneuerung ihrer Anlagen einen sehr namhaften Teil an Eigenleistungen bei. Die Stadt Zug hat sich schon immer für den Sport stark gemacht. Es gibt keinen Grund, davon nun abzuweichen. In diesem Sinn findet die Vorlage die volle Unterstützung der FDP-Fraktion. Fakt ist nun aber, dass die geplante Traglufthalle den gesetzlichen Bestimmungen betreffend Wärmeschutz nicht genügt. Das hat nichts mit der Diskussion um die 2000-Watt-Gesellschaft zu tun, und die FDP-Fraktion plädiert dafür, dieses Geschäft nicht mit der Klima- und Energiediskussion zu vermischen. Die Halle ist aufgrund der herrschenden Gesetzeslage schlicht nicht bewilligungsfähig. Anders als der Stadtrat und die Vorredner will die FDP-Fraktion die Vorlage jedoch nicht aufteilen. Dies aus den folgenden Gründen: Die Mehrkosten für eine bewilligungsfähige Halle sind bekannt. Sie belaufen sich auf CHF 150'000.-- bis CHF 200'000.--. Der Grundsatz, wonach der gesamte Investitionsbeitrag sinnvoll und richtig ist, dürfte kaum umstritten sein und eine klare Mehrheit finden. Wenn nun der Investitionsbeitrag von CHF 300'000.-- für die Traglufthalle zurückgezogen wird, muss eine erneute Vorlage erarbeitet und dieser kleinere Teil dem Gemeinderat zu einem späteren Zeitpunkt nochmals unterbreitet werden. Dieses Vorgehen hilft niemandem. Es kostet nur Zeit und verursacht unnötigen Verwaltungsaufwand und zusätzliche Kosten. Noch ein Wort zum jüngst eingegangenen Vorschlag der Grünliberalen: Im Kanton Zug gibt es im Winter zu wenig Hallenplätze. Auch vergeben Betreiber von Hallen nicht alle Plätze den Tennisclubs, dies einfach aus dem Grund, dass Private oft die Hallen das ganze Jahr über mieten und diese deshalb den Vorzug erhalten. Dies wurde der Fraktion der FDP von Seiten von Tennisspielern zugetragen. Die gut gemeinte Anregung der GLP, den Vereinen das Geld für Hallenmieten zurückzuerstatten, hilft also auch nicht weiter. Wenn die Miete von jungen Tennisspielerinnen und Tennisspielern über die Stadtkasse finanziert wird, werden dadurch laufende Kosten generiert. Sie dürften bedeutend höher sein als bei anderen Vereinen, welchen diese Unterstützung auch zukommt. Ein Tennisplatz ist teuer, spielen doch darauf nur zwei Personen in einer Halle. Durch einen Fechtclub kann eine Halle effizienter genutzt

werden, können doch auf dem gleichen Raum mehr Sportlerinnen und Sportler aktiv sein. Aus diesem Grund beantragt die FDP-Fraktion, den Investitionsbeitrag um CHF 150'000.-- auf CHF 2'150'000.-- zu erhöhen. Damit bewegt man sich an der unteren Grenze des erwarteten Mehraufwands für eine Halle, welche die herrschenden Bestimmungen erfüllt. Sollte die bewilligungsfähige Traglufthalle doch um CHF 200'000.-- teurer zu stehen kommen, sind die Tennisclubs angehalten, bei der Sanierung der Anlagen etwas abzuspecken. Das hält die FDP-Fraktion für zumutbar – zumal die Vereine sich mit diesem Vorgehen bereits heute des gesamten Beitrags der Stadt sicher sein können. Entsprechend zügig können sie die Planung und Realisierung vorantreiben. Karl Kobelt plädiert insbesondere an seine mitbürgerlichen Fraktionen, diesem effizienten Vorschlag Folge zu leisten und erhofft sich auch Unterstützung von der SP-Fraktion, welche die Traglufthalle nicht torpedieren will. Mit diesem Vorgehen gewinnt sowohl die Stadt als auch die Tennisclubs. Die FDP-Fraktion ruft daher auf: „Fassen Sie sich ein Herz, bieten Sie Hand zu einem effizienten Umgang mit dieser Vorlage und stimmen Sie unserem Antrag zu.“

Theo Iten: Nach ausgiebiger Diskussion ist die CVP-Fraktion zum Schluss gekommen, den einmaligen Pauschalbetrag von CHF 1,7 Mio. für die Sanierung der Plätze einstimmig zu unterstützen. Durch die Sanierung der Anlage entsteht ein erheblicher Mehrwert. Zusätzlich stellt die CVP-Fraktion folgenden Antrag: Nach Beendigung der Sanierung sei durch die Stadt Zug eine Anpassung des Baurechtszinses mit dem Tennisclub Allmend zu prüfen. Das Ergebnis ist dem GGR schriftlich mitzuteilen.

Willi Vollenweider: Die SVP-Fraktion unterstützt das Projekt in seiner um die Traglufthalle abgespeckten Form, also CHF 1,7 Mio. Gleichzeitig möchte sie aber die beiden gesuchstellenden Vereine auffordern, ernsthaft in Erwägung zu ziehen, die projektierte Traglufthalle anderweitig zu finanzieren. Die Suche nach alternativen Finanzierungsbeiträgen ist ja für die beteiligten Vereine nicht neu. Hierzu einige Vorschläge:

- Anteilscheine für Klub-Mitglieder
- Beteiligung mehrerer Klubs
- Beteiligung von Tennislehrern (im Kanton oder ausserhalb)
- Sponsorgelder von im Kanton Zug tätigen oder gar ansässigen Sport-Firmen wie Head, Vökl, Adidas etc
- Sport-Toto- und Lotterie-Fonds
- private Stiftungen für Jugendförderung
- Finanzierung durch Nichtmitglieder oder Firmen, mit dem Recht auf Platz-Reservation
- Finanzierung durch Firmen mit der Möglichkeit, für ihre Mitarbeitenden Plätze während des Winters belegen zu können
- Aufruf an die Bevölkerung, Anteilscheine zu kaufen, um im Winter spielen zu können, ohne Mitglied des Klubs zu sein
- an der Traglufthalle angebrachte Reklamen

Die SVP-Fraktion wartet die weitere Entwicklung des Traglufthallen-Projektes ab und wird die Lage zu gegebener Zeit neu beurteilen. Die neu eingetretene Situation muss

zuerst sauber abgeklärt werden. Der Antrag der glp wird von der SVP-Fraktion abgelehnt.

Stefan Hodel: Die Vorschläge der SVP-Fraktion für die Finanzierung der Traglufthalle sind gut gemeint, aber obsolet. Wenn es keine Baubewilligung gibt, nützt nämlich alles Geld nichts. Die FDP-Fraktion schlägt vor, den Kredit um CHF 150'000.-- zu erhöhen, damit auch eine Traglufthalle mit weniger Energieverschleuderung gebaut werden kann. Die Fraktion der Alternative-CSP findet das keine sehr gute Idee und möchte nicht die Katze im Sack kaufen. Sie möchte wissen, was mit dem bewilligten Geld gebaut werden soll.

Martin Eisenring: Obwohl die CVP-Fraktion dem Sport sehr zugewandt ist und diesen unterstützen möchte, wurde über das Thema lange und ausführlich diskutiert. Trotzdem muss das Bewusstsein geschaffen werden, dass man hier weit von einer staatlichen Grundaufgabe entfernt ist. Dennoch soll das Projekt nicht in Frage gestellt und die Tennisvereine unterstützt werden bei der Sanierung dieser Anlagen. Dies vor allem auch, weil grosse Eigenleistungen erbracht werden und Tennisspielen in Zug traditionell eine wichtige Sportart ist. Der Rat darf aber nicht in eine Interessenpolitik verfallen, bei der jeder möglichst jene Vereine unterstützen möchte, die ihm selber nahe stehen und wo er seine Wähler vermutet. Es muss Gleiches gleich behandelt werden. Es ist zu hoffen, dass auch bei andern Sportarten dieselbe Unterstützung erwartet werden darf. Auch hier beim heutigen Geschäft soll Augenmass gehalten werden. Karl Kobelt hat im Zusammenhang mit den Alterswohnungen Frauensteinmatt festgehalten, dass es nicht gut sei, Wohnungen auf Vorrat zu sprechen. Dasselbe gilt vor allem auch bei solchen Geschäften mit grossen finanziellen Auswirkungen. Auch hier ist es nicht gut, vorab Budgets zu sprechen, ohne zu wissen, ob und was wirklich realisiert werden soll. Es sei daran erinnert, welche Diskussionen das Garderobengebäude bezüglich Minergiestandard ausgelöst hat. Vor allem wenn die 2000-Watt-Initiative angenommen würde, werden die Auswirkungen ganz unterschiedlich sein. Es wird sich dann die Frage stellen, ob es im vorgegebenen Rahmen auch möglich wäre, eine solche Halle zu bauen.

Philip C. Brunner, Präsident GPK, ist persönlich recht froh, wie das Vorhaben nun läuft, und hofft, dass der Kredit von CHF 1,7 Mio. für die Tennisplätze heute vom Rat bewilligt werden. Philip C. Brunner und auch eine Mehrheit der SVP-Fraktion werden den Vorschlag der FDP-Fraktion nicht unterstützen und möchten, dass bezüglich Traglufthalle seriöse Abklärungen getätigt werden. Philip C. Brunner hat selber Abklärungen getroffen und zeigt hiezu einige Bilder auf. Als Beispiel nennt er die in Frenkendorf 2009 gebaute Tennishalle und gibt dazu ergänzende Informationen ab. Philip C. Brunner regt zuhanden des Stadtrates an, auch Alternativen zu prüfen und das Projekt Traglufthalle nicht mit einem Tunnelblick weiter zu verfolgen. In der ganzen Stadt Zug ist die Situation bezüglich grosser Hallen für den Sport sehr problematisch. Die Vorschläge von Willi Vollenweider sind als Tipps für die Tennisclubs zu verstehen, auch eine etwas grössere Lösung mit Hilfe der Stadt zu prüfen. Vielleicht ist es durchaus gut, sich nun

etwas Zeit zu nehmen und mit der Sanierung der Sandplätze vorwärts zu machen. Dieses Geschäft ist aufgrund der Diskussion offenbar unbestritten.

Karl Kobelt stellt eine unselige Vermischung fest: Die Abklärungen von Philip C. Brunner und die damit verbundenen Visualisierungen in Ehren. Zuhanden von Stefan Hodel sei festgehalten, dass natürlich niemand die Katze im Sack kaufen möchte. Es gilt aber zu unterscheiden: wenn ein Bebauungsplan vorliegt und über ein Projekt abgestimmt wird, bei dem der Rat Einfluss nehmen kann, ist es selbstverständlich, dass auch die Energiefrage und der Wärmeschutz diskutiert wird. Hier geht es aber um einen reinen Investitionsbeitrag der Stadt für die Investition eines Tennisclubs. Hier sollte der Rat diese Frage von der Energiedebatte trennen. Karl Kobelt plädiert dafür, auf den sehr guten, rationellen, effizienten und kostengünstigen und für alle Seiten Nutzen bringenden Vorschlag der FDP-Fraktion einzuschwenken.

Urs Bertschi: Man hätte sich bei diesem Geschäft auch überlegen können, dieses allenfalls - Investitionskredit hin oder her - trotzdem der BPK vorzulegen. Dann würde nämlich der Rat heute so nicht diskutieren, sondern es wären die Weichen schon frühzeitiger anders gestellt worden. Auch die SP-Fraktion ist der Meinung, dass die Katze nicht im Sack gekauft werden soll. Es will zuerst abgewartet werden, was präsentiert wird. Offensichtlich nehmen mit einer Ausnahme alle Fraktionen in diesem Saal das Anliegen auf. Man ist also der Meinung, dass eine Tennishalle, in welcher Ausgestaltung auch immer, in der Stadt Zug Sinn machen dürfte. Insofern wird die Meinung nicht geteilt, es sei nicht Aufgabe der Stadt, den Bereich Tennis aktiv zu fördern. Auch Tennis ist ein Breitensport und durchaus vergleichbar mit Fussball. Der Nimbus des weissen Sportes ist schon lange weg. Insofern würde es der Stadt Zug gut anstehen, auch im Bereich Tennis etwas zu investieren. Urs Bertschi teilt bezüglich seiner Interessensbindung mit, dass er in keinem Club Mitglied ist, aber irgendwann irgendwo mitspielen könnte. Zurzeit beschränkt er sich aber auf das ausgezeichnete thailändische Essen beim Tennisclub Allmend. Vor diesem Hintergrund könnte man sich auch von den beiden Vereinen als Initianten des Hallenprojektes überlegen, ob nicht in ein nachhaltigeres Projekt investiert werden möchte. Wieso keine Halle anstelle der ökologisch fragwürdigen Traglufthalle? Auch eine ökologisch bessere Traglufthalle bleibt schlussendlich suboptimal gegenüber dem tatsächlich Möglichen. Der Musikantenstadel kann nicht in die Kunsteisbahn, die Zuger Kantonalbank hat an ihrer GV in der Zuger Eishalle beinahe ein Desaster erlebt. Wäre man da nicht froh, die entsprechende Fläche eventuell in einer Tennishalle zur Verfügung stellen zu können? Urs Bertschi appelliert daher an alle Beteiligten, sich die nötige Zeit zu nehmen und alles noch etwas fundierter zu überlegen. Wer weiss, vielleicht ergibt sich daraus tatsächlich eine nachhaltige Lösung.

Michèle Kottelat ist bei ihren Recherchen auf die gleiche Halle in Frenkendorf wie Philip C. Brunner gestossen. Aber nun zum Postulat: Mit dem berechtigten Rückzug aus energetischen Gründen der CHF 300'000.-- für die Traglufthalle steht die Nachwuchsförderung im Moment buchstäblich im Regen. Es ist aber bedauerlich, dass die beiden Clubs beim Ausarbeiten ihres Projektes nicht besser von den Behörden beraten worden

sind. Sie haben nämlich lange und intensiv an ihrem Projekt gearbeitet und sich sogar zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen. Kurz vor dem Ziel sind sie nun ausgebremst worden. Auf der Suche nach einem Ausweg aus dieser im Moment unbefriedigenden Situation sind zahlreiche Gespräche mit Vertretern von Kanton und städtischem Sportamt, aber auch verschiedenen Tennis spielenden Personen geführt worden. Dabei kam die Idee einer Kostenbeteiligung bei der Hallenmiete für die Junioren zur Diskussion. Kurzfristig wäre dies sicher eine gangbare Lösung. Es sei aber auch ganz klar betont, dass die Vertreter der glp eher für eine fixe künftige Hallenlösung wären (z.B. Frenkendorf). In diesem Sinne wäre es wenig sinnvoll, den Kredit gemäss Antrag der FDP-Fraktion auf CHF 2,15 Mio. zu erhöhen. Man sollte wie vom Stadtrat vorgeschlagen bei den CHF 1,7 Mio. bleiben und seriös weiter schauen.

Adrian Moos: Vorliegend geht es nicht um ein Projekt, sondern um einen Investitionsbeitrag. Die Mitglieder des GGR sind sehr kreativ, wissen Vieles sehr gut, haben Phantasie. Da wird eine Idee für den Bau einer Halle vorgelegt, dort geht es um eine energetische Frage usw. Der GGR masst sich an, die Bedürfnisse der Tennisclubs zu kennen und plant munter drauf los. Das ist aber nicht Aufgabe des GGR. Die Clubs sind an die Stadt getreten, haben um einen bestimmten Betrag ersucht und aufgezeigt, was damit geplant wäre. Die Clubs möchten die für sie beste Lösung realisieren. Darin müssen die Clubs auch unterstützt werden. Die Vorlage zeigt, dass die Argumentation, der Vorschlag der FDP-Fraktion sei nicht ausgegoren, unzutreffend ist. Beispielsweise sind für die Clubhaussanierungen und Garderoben ganze CHF 2,2 Mio. vorgesehen. Man hat aber keine Ahnung, was und wie das gemacht wird. Das stört offenbar den GGR nicht. Nun liegt konkret ein Vorschlag für eine Erhöhung des beantragten Kredites um CHF 150'000.-- vor, damit der Tennisclub vorwärts machen und eine gute Lösung finden kann. Der Tennisclub trägt auch das Risiko, falls die von ihm gewählte Lösung teurer wäre. Eine Rückstellung aus Seriositätsgründen mag zwar gut tönen. Fakt ist aber, dass eine spätere um CHF 150'000.-- höhere Vorlage zwar mit grosser Wahrscheinlichkeit im GGR eine Mehrheit finden wird, aber inzwischen eine teure Extrarunde durchgeführt wurde, die den Tennisclubs nicht half. Adrian Moos appelliert an seine Ratskolleginnen und -kollegen, über ihren Schatten zu springen und den Kredit um CHF 150'000.-- zu erhöhen.

Manfred Pircher: Die beiden Tennisclubs wollen keine Tennis-, sondern eine Tragluft-halle. Es sollte doch in der Stadt Zug möglich sein, ein bewilligungsfähiges Projekt für eine Traglufthalle vorlegen zu können. Diese Traglufthallen bestehen heute ja bereits überall auf der Welt und nicht nur im Kanton Zug. Beispielsweise ist auch die in Baar bestehende Traglufthalle bewilligungsfähig. Manfred Pircher schlägt daher vor, den Stadtrat weiter planen zu lassen, damit anschliessend der GGR die Vorlage sauber prüfen und darüber befinden kann.

Stadtpräsident Dolfi Müller: Es geht jetzt nur noch um die Gretchenfragen von einer oder zwei Vorlagen. Der Bewilligungsfähigkeitsprozess dauert so oder so. Nach all den Abklärungen wird dem GGR wieder eine Vorlage unterbreitet, die er in voller Kenntnis

aller Fakten entscheiden kann. Mit der FDP-Lösung gewinnt man keine Zeit. Der Stadtrat hält daher an seinem Vorschlag fest. Es ist durchaus möglich, dass im nächsten Winter diese Halle noch nicht betriebsbereit ist. Eine Variante wäre daher, das Postulat Kotlatel für den nächsten Winter einmal umzusetzen.

Beratung des Beschlussesentwurfes:

Zu Titel und Ingress wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsident Jürg Messmer erklärt so beschlossen.

Ziff. 1:

Abstimmung

über den Antrag des Stadtrates für einen Kredit von CHF 1,7 Mio. gegenüber dem Antrag der FDP-Fraktion für einen Kredit von CHF 2,15 Mio.:

Für den Antrag des Stadtrates stimmen 27 Ratsmitglieder, für den Antrag der FDP-Fraktion stimmen 9 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass der GGR mit 27:9 Stimmen den Antrag des Stadtrates für einen Kredit von CHF 1,7 Mio. (exkl. Traglufthalle) gutgeheissen und denjenigen der FDP-Fraktion abgelehnt hat.

Zu Ziff. 2 (mit einem Kredit von CHF 1,7 Mio.) wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsident Jürg Messmer erklärt Ziff. 1 so beschlossen.

Ziff. 3 (neu) gemäss Antrag CVP-Fraktion:

Ratspräsident Jürg Messmer: Der Antrag lautet: Nach Beendigung der Sanierung sei durch die Stadt Zug eine Anpassung des Baurechtszinses mit dem Tennisclub Allmend zu prüfen. Das Ergebnis ist dem GGR schriftlich mitzuteilen.

Astrid Estermann wünscht von der CVP-Fraktion nochmals eine Erklärung, wieso dieser Antrag gestellt wird.

Theo Iten: Gemäss Bericht des Stadtrates bezahlt der Tennisclub Allmend einen jährlichen Zins von CHF 1'000.--. Der Tennisclub Zug bezahlt aber an die Korporation CHF 28'000.-- und an die WWZ CHF 8'000.--.

Stadtrat Ivo Romer: Es ist tatsächlich so: hier kämpfen die Clubs mit unterschiedlichen Fixkosten. Die Stadt Zug hat sehr grosszügig ihren Grund und Boden zur Verfügung gestellt, was in der Sportförderung auch richtig ist. Wenn die Korporation und WWZ höhere Zinsen und Mieten verlangen, ist das deren eigene Sache. Der Wunsch der CVP

kann sicher aufgenommen und geholfen werden, eine Angleichung vorzunehmen. Tatsache ist aber, dass es sich bei der Vereinbarung zwischen Tennisclub und der Korporation bzw. WWZ um ein freies Vertragswerk handelt. Wenn die Hilfe der Stadt gewünscht ist, wird sicher das Mögliche getan. Die Stadt Zug kann aber nicht einfach eine Änderung beschliessen, ausser wenn der Ausgleich über Finanzbeiträge erfolgen würde. Die Situation wäre aber so oder so schwierig. Tatsache ist auch, dass auch andere Vereine mit ganz unterschiedlichen Grundkosten zu kämpfen haben. Wenn überall die öffentliche Hand Scheingerechtigkeiten erzielen soll, kann sich auch ein Fass ohne Boden öffnen.

Hugo Halter erinnert daran, dass der Antrag der CVP-Fraktion lautet: „Es ist zu prüfen.“ An diesem Antrag hält Hugo Halter namens der CVP-Fraktion auch fest.

Abstimmung

über den Antrag der CVP-Fraktion für eine neue Ziff. 3:

Für den Antrag der CVP-Fraktion stimmen 21 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 12 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass der GGR mit 21:12 Stimmen den Antrag der CVP-Fraktion für eine neue Ziff. 3 gutgeheissen hat.

Zu Ziff. 4 (bisher Ziff. 3) und Ziff. 5 (bisher Ziff. 4) wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsident Jürg Messmer erklärt so beschlossen.

Schlussabstimmung:

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR der Vorlage des Stadtrates mit 36 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrs zu.

Postulat Michèle Kottelat, glp, betreffend Kostenbeteiligung der Stadt beim Wintertraining der Tennis-Junioren von TCZ und TCA;

Überweisung.

Der Wortlaut des Postulates befindet sich auf S. 5 dieses Protokolls.

Stefan Moos ist grundsätzlich für die Überweisung des Postulates, jedoch mit der klaren Auflage, dass es sich um eine Übergangslösung für die nächste Wintersaison handelt und nicht daraus eine wiederkehrende Ausgabe entsteht.

Manfred Pircher macht beliebt, nach der vorgegebenen Traktandenliste zu beraten. Das Postulat ist nicht zur Überweisung traktandiert.

Ratspräsident Jürg Messmer. Das ist an sich richtig. Gemäss § 42 Abs. 2 GSO ist ein Postulat, welches in Zusammenhang mit einem beim GGR anhängigen Beratungsgegenstand steht, in der Regel mit demselben zu erledigen. Daher kann heute über die Überweisung direkt befunden werden.

Stadtrat Ivo Romer: Das Postulat beinhaltet finanzielle Folgen allenfalls bereits für das Budget 2011, da die Wintersaison bereits im Oktober/November beginnt. Dazu ist aber nichts budgetiert. Es müsste bei einer Überweisung auch sauber abgeklärt werden, ob eine bewusste Budgetüberschreitung in Kauf genommen wird.

Martin Eisenring erinnert daran, wie mühsam es letztes Jahr bei einzelnen Budgetpositionen mit wenigen tausend Franken war, die Sparanstrengungen durchzusetzen. Der GGR sollte dies vor Augen halten und eine gewisse Linie beibehalten. Zudem geht es heute darum, das Postulat zu überweisen und nicht um eine Bewilligung irgendwelcher Ausgaben. Der Stadtrat wird einzig beauftragt, Bericht zu erstatten.

Monika Mathers: Mit dem Postulat wird der Stadtrat ohnehin nur gebeten, zu prüfen. Es wird damit also noch kein Geld ausgegeben und somit auch das Budget nicht tangiert. Einer Überweisung steht daher sicher nichts im Weg.

Manuel Brandenburg stellt klar, dass jetzt die Überweisung und nicht die Erledigung des Postulates zur Debatte steht. Der Passus aus der Geschäftsordnung bezieht sich aber auf die Erledigung, indem bei Vorlage eines Berichtes und Antrages dieser im Zusammenhang mit einem anderen Geschäft erledigt werden kann. Manuel Brandenburg macht daher beliebt, die Überweisung wie vorgesehen vorzunehmen, nämlich am 7. Juni 2011. Der GGR hat damit noch genügend Zeit, auf den Bericht des Stadtrates zu warten und im Herbst darüber befinden. Manuel Brandenburg sieht keinen Anlass, von der üblichen Ordnung abzuweichen.

Ratspräsident Jürg Messmer macht beliebt, nun darüber abzustimmen, ob heute oder am 7. Juni 2011 über die Überweisung abgestimmt werden soll.

Abstimmung

über eine Überweisung des Postulates an der heutigen Sitzung oder eine solche an der nächsten Sitzung des GGR vom 7. Juni 2011:

Für eine Überweisung an der heutigen Sitzung stimmen 16 Ratsmitglieder, für eine Überweisung an der nächsten GGR-Sitzung vom 7. Juni 2011 stimmen 17 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass der GGR mit 17:16 Stimmen beschlossen hat, über die Überweisung des Postulates Michèle Kottelat, glp, am 7. Juni 2011 zu befinden.

Beschluss des Grossen Gemeinderats von Zug Nr. 1546
betreffend Tennisclub Allmend und Tennisclub Zug, Sanierung der Tennisanlagen; Investitionsbeitrag

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2139 vom 15. März 2011:

1. Für die geplanten Sanierungsvorhaben der Tennisclubs Allmend und Zug wird ein Investitionsbeitrag von insgesamt CHF 1'700'000.-- (exkl. Traglufthalle) zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 56500/2800, Objekt 920, Tennisclub Zug und Tennisclub Allmend: Beiträge Sanierung Anlagen, bewilligt.
2. Die Investition von CHF 1'700'000.-- wird mit jährlich 10% abgeschrieben (§ 14 Abs. 3 Bst. c Finanzhaushaltgesetz).
3. Der Stadtrat wird beauftragt, nach Beendigung der Sanierung eine Anpassung des Baurechtszinses des Tennisclubs Allmend Zug zu prüfen.
4. Dieser Beschluss tritt unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums gemäss § 8 der Gemeindeordnung sofort in Kraft. Er wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
5. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

10. Offene Jugendarbeit: Beitrag an den Verein Zuger Jugendtreffpunkte für die Jahre 2012 - 2015: Kreditbegehren

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2141

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2141.1

Eintreten

Willi Vollenweider beantragt namens der SVP-Fraktion, auf diese Vorlage nicht einzutreten. Mehrere Gründe sprechen dafür: Autonome Jugendzentren sind nicht geeignet, um Jugendliche und Junge Erwachsene optimal auf das Erwachsenenleben und insbesondere auf den gesellschaftlichen Umgang mit und unter Erwachsenen vorzubereiten. Mit anderen Worten versuchen Jugendzentren teilweise, Jugendlichen im falschen Glauben zu wiegen, dass es erwachsenenfreie, zum Teil sogar rechtsfreie Räume gäbe. Zu bedenken ist, dass es viel bessere Alternativen gibt. Gemäss www.stadtzug.ch pflegen in Zug nicht weniger als 300 Vereine und Institutionen ein aktives Vereinsleben, das grösstenteils auch Jugendlichen offen steht, oft mit speziellen Jugend-Gruppen. Solche Vereine begleiten die Jugendlichen wesentlich besser in das Erwachsenenleben als autonome Jugendzentren. Auch die Landeskirchen sind aktive Anbieter von Jugendaktivitäten. Ein zweiter Grund ist die in der Vorlage 2121.1, Bericht und Antrag der GPK vom 2. November 2010, dargestellte Problematik, dass nur ein Viertel der Jugendlichen aus der Stadt Zug stammt, welche das Angebot des ZJT in Anspruch nehmen. Es kann nicht angehen, dass die Zuger Steuerzahler und Steuerzahlerinnen für etwas aufkommen sollen, das zu drei Viertel von Auswärtigen genutzt wird, ohne dass von diesen und/oder deren Herkunftsgemeinden ein angemessener Beitrag geleistet wird. Die SVP-Fraktion beantragt Nichteintreten auf diese Vorlage

Stefan Hodel: Die Fraktion Alternative-CSP ist selbstverständlich für Eintreten. Willi Vollenweider hat mehrmals von autonomen Jugendzentren gesprochen, die unterstützt werden. Der ZJT wurde in den 80er Jahren gegründet, und da war nie die Rede von autonomen Jugendzentren. Willi Vollenweider sitzt offenbar in der falschen Stadt.

Ratspräsident Jürg Messmer erkundigt sich, ob Susanne Giger bei diesem Geschäft im Ausstand ist.

Susanne Giger: Abklärungen haben ergeben, dass offenbar eine Ausstandspflicht nicht vorliegt.

Ratspräsident Jürg Messmer: Im Zweifelsfalle sollte eher von einer solchen ausgegangen werden. Es besteht aber auch die Möglichkeit, darüber abzustimmen.

Susanne Giger macht ihrerseits beliebt, darüber abzustimmen.

Adrian Moos: Ob sich jemand in Ausstand zu begeben hat, ist schlussendlich eine rechtliche Frage. Nicht das Parlament hat zu sagen, was rechtens oder nicht rechtens ist. Es muss also der betreffenden Person selber überlassen werden, hat sie doch auch die Folgen von allfälligem Fehlverhalten zu tragen.

Manuel Brandenburg macht Susanne Giger beliebt, als Präsidentin des Vereins Jugendzentrum Zug, um dessen Geld es hier geht, in den Ausstand zu treten.

Susanne Giger begibt sich in den Ausstand.

Abstimmung

über den Antrag von Willi Vollenweider namens der SVP-Fraktion für Nichteintreten gegenüber dem Antrag des Stadtrates für Eintreten:

Für Nichteintreten stimmen 7 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass der GGR mit 7 Jastimmen, und ohne Ermittlung des Gegenmehr, den Nichteintretensantrag der SVP-Fraktion abgelehnt hat. Eintreten ist somit beschlossen.

Detailberatung

Stadträtin Vroni Straub: Das vorliegende Beitragsbegehren an den Verein Zuger Jugendtreffpunkte ist für Stadträtin Vroni Straub und für ihr Departement eine wichtige Vorlage und liegt ihr sehr am Herzen. Vor einem halben Jahr erst hat der GGR hier die Leistungsvereinbarung für ein Jahr bis Ende 2011 verlängert. Es geht jetzt darum, die Leistungsvereinbarung für die Jahre 2012 - 2015 festzulegen. Es ist für Stadträtin Vroni Straub zentral, frühzeitig mit dieser Vorlage vorstellig werden zu können, das ist heute gelungen. Danke allen, die dieses Tempo mitgetragen haben. Gerade die Mitarbeitenden vom Verein ZJT sind froh, und Stadträtin Vroni Straub sieht es auch als ihre Pflicht an, wenn sie wissen, womit sie für das Jahr 2012 rechnen können, nicht müssen! Es besteht Einigkeit, dass der Verein ZJT als Leistungserbringer für die Stadt Zug in Sachen Jugendarbeit sehr wertvolle und überzeugende Arbeit leistet - dies schon seit mehr als 30 Jahre. Dass die Stadt die Leistungsvereinbarung erneuern soll, ist offenbar unbestritten. Die Frage wird sein, wie viel dem Rat Jugendarbeit wert ist. Eine Jugendarbeit, welche sehr vielschichtig ist, weit in den Sicherheitsbereich hineingeht und über die Kultur bis hin zur Integration viele verschiedene Felder abdeckt - ganz im Sinne des Auftrags. Der Stadtrat ist klar der Meinung, dem Verein sollen CHF 895'000.-- für seine Arbeit bewilligt werden. Diese Zahl ist nicht Handgelenk mal pi entstanden, um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen. Dahinter stehen sehr wohl Überlegungen, Berechnungen und genaue Anforderungen an den Verein. In der Vorlage findet man eine Übersicht über die bisherige Finanzierung. Im Moment wird nicht mehr darauf eingegangen. Der Stadtrat will einfach klar das Leistungsniveau von 2010 in der offenen Ju-

gendarbeit wieder herstellen. Und er will den erhöhten Anforderungen in diesem Bereich mit einer zusätzlichen halben Stelle begegnen, das sind die rund CHF 54'000.--. Gerade im aktuellen Problem Littering können diese zusätzlichen Stellenprozente in der aufsuchenden Jugendarbeit eingesetzt werden - ganz im Sinne auch des Werkhofs. Wobei Stadträtin Vroni Straub ehrlicherweise nicht soweit geht, dass dann dort dafür eine halbe Stelle eingespart werden könnte. Der "Trick" der offenen Jugendarbeit besteht ja aber darin, dass der Verein immer relativ viele Jugendliche persönlich kennt, und dadurch verschwindet der Anonymitätscharakter, was die Jugendlichen weniger dazu verleitet, Blödsinn anzustellen oder eben auch den Abfall liegen zu lassen. Stadträtin Vroni Straub freut sich nun auf die nachfolgenden Voten und wird sich nach der Debatte nochmals melden.

Philip C. Brunner, Präsident GPK, verweist grundsätzlich auf den Bericht und Antrag der GPK. Die Kommission hat die Vorlage intensiv besprochen und die gute Arbeit des Vereins zur Kenntnis genommen. Die GPK beantragt, auf die Vorlage einzutreten. Eine knappe Kommissionsmehrheit erachtete die 50 %-Stelle nicht als notwendig, eine Minderheit sah aber die dringende Notwendigkeit und war für das Kreditbegehren nach Antrag des Stadtrates. In der Schlussabstimmung haben sich alle Kommissionsmitglieder für den Betrag von CHF 845'000.-- ausgesprochen. Das bedeutet eine Kürzung gegenüber dem stadträtlichen Antrag, jedoch mehr als die Beträge in den Jahren 2005 - 2011.

Christina Huber Keiser war erstaunt, als sie zur Vorbereitung ihres Votums die Geschichte der Finanzierung des Vereins ZJT durchgelesen hat, dass man öfters – nicht nur letztes Jahr – den Sack geschlagen hat, aber eigentlich immer den Esel meinte. Während der Sack über die Jahre derselbe blieb, wurde die Rolle des Esels von unterschiedlichen Akteuren eingenommen. Mit Worten wurde die wichtige Arbeit des Vereins ZJT in den letzten Jahren immer wieder honoriert. In finanzieller Hinsicht aber wurde den Leistungen zu wenig Rechnung getragen. Das Debakel begann mit der ZFA und dem Wegfall des Kantonsbeitrags, der von Seiten der Stadt nur teilweise ausgeglichen wurde und dies, obwohl hinter der Finanz- und Aufgabenreform keinesfalls die politische Absicht stand, dass Vereine wie der ZJT künftig weniger öffentliche Gelder erhalten sollen. Ganz im Gegenteil: Auf kantonaler Ebene wurde damals eigentlich das Credo der Kostenneutralität betont. 2009 – als man eigentlich eine neue Leistungsvereinbarung für die Jahre 2010 bis 2013 hätte abschliessen sollen, wollte die Stadt wegen dem geplanten Kinder- und Jugendkonzept warten, was ja durchaus einleuchtet. Für den Verein ZJT bedeutete dies aber, dass er seine mittelfristige Planungssicherheit verlor. (Immerhin anerkannte man damals den finanziellen Mehrbedarf des Vereins und sprach zusätzliche Gelder für dringend benötigte personelle Ressourcen.) 2010: Der GGR verhindert aus bekannten Gründen die lang erhoffte neue Leistungsvereinbarung. Doch damit nicht genug: Ohne die Arbeit des ZJT wirklich zu würdigen und inhaltlich zu diskutieren, wurde beschlossen den Beitrag wieder auf den Stand von 2009 zu kürzen. Und 2011: Eine knappe Mehrheit der GPK will, dass der vom Stadtrat vorgeschlagene Beitrag um CHF 50'000.-- gekürzt wird. Die Begründung fällt dürftig aus, man ist

einfach der „Meinung, dass eine weitere Erhöhung nicht verantwortet werden könne“ (Bericht und Antrag der GPK vom 11.04.2011). Dass der Stadtrat aber nach dem letztjährigen Debakel mit dem Verein ZJT wie gefordert nochmals über die Bücher ist, und in diesem Jahr einen Antrag stellt, der CHF 75'000.-- tiefer ist als der im Oktober 2010 beantragte Betrag, wird von der GPK mit keinem Wort gewürdigt. Das riecht ein bisschen nach Kürzung aus Prinzip und dünkt auch etwas widersprüchlich, zumal ja die GPK selbst in ihrem Bericht betonte, „dass der ZJT seit vielen Jahren gute und wichtige Leistungen für unsere Stadt erbringt“ (Bericht und Antrag der GPK vom 11.04.2011). ZJT erbringt seit vielen Jahren nicht nur gute und wichtige Leistungen, sondern macht ebenso schon seit vielen Jahren darauf aufmerksam, dass es dringend zusätzliche personelle Ressourcen braucht. Das ist in diesem Falle ein gutes Zeichen, denn es bedeutet, (und das zeigen auch die Zahlen) dass die beiden Angebote jaz und i45 attraktiv sind und auf eine rege Nachfrage stossen. Die Notwendigkeit zusätzlicher personeller Ressourcen wird zusätzlich durch die Bevölkerungsumfrage 2010 sowie den Bericht zur Sicherheit in der Stadt Zug (April 2010) belegt, denn beide Studien legen einen Ausbau im Bereich der Freizeitangebote für Jugendliche, aber insbesondere auch der offenen Jugendarbeit und der soziokulturellen Animation nahe. Der Verein ZJT und insbesondere seine Mitarbeitenden haben ihren Beitrag in den letzten Jahren mit unzähligen unbezahlten Arbeitsstunden geleistet, nun ist der Zug am GGR, indem er den stadträtlichen Antrag vollumfänglich unterstützt.

Willi Vollenweider: Die SVP-Fraktion beantragt die Ablehnung dieses Geschäfts. Worum geht es eigentlich? Es geht darum, Jugendliche auf das Erwachsenenleben vorzubereiten und sie in die Gesellschaft einzuführen. Es kann nicht darum gehen, Jugendliche zu unterhalten. Jugendliche und junge Erwachsene sollen so gut und so wirklichkeitsnah wie möglich ins Erwachsenenleben begleitet und geführt werden. Selbstverständlich ist ihnen dabei ein möglichst grosser Freiraum zu belassen, sodass sie sich kreativ entwickeln können. Im Alter zwischen 14 und 20 Jahren ist es sicher nicht schädlich, wenn den Jugendlichen die unglaublich reichhaltige Vielfalt, aber auch die Realitäten und Einschränkungen des Erwachsenenlebens am guten Beispiel vorgezeigt und vorgelebt werden. Die 300 Zuger Vereine und Institutionen können das bekanntlich viel besser als sogenannte autonome Jugendzentren. Vor allem werden durch eine Teilnahme am Vereinsleben den Jugendlichen auch ganz automatisch wichtige gesellschaftliche Werte vermittelt. Ohne soziokulturelle Animation. Einfach ganz natürlich, durch natürliches Zusammensein und Zusammenwirken. Wieso haben Vereine Nachwuchssorgen, und wieso wollen sich Jugendliche angeblich nicht mehr in Vereinen engagieren? Ganz einfach, weil der Stadtrat die Vereine mit seinem verführerisch-bequemen Angebot konkurrenziert. Die Stadt bietet den Jugendlichen eine bequeme Konsumrolle an, mit „Treffs“, „Barbetrieben“, „Parties“ und dergleichen. Vermutlich unterhaltsam, aber sicher nicht nachhaltig und nicht zielführend. Dem stehen nun die Angebote der Vereine und Jugend-Organisationen wie Pfadis, Jungwacht etc. gegenüber. Diese sind nicht bequem, sondern erfordern konstruktiv-kreative Mitarbeit und aktives Engagement. Sie ermöglichen somit eine nachhaltige und seriöse Persönlichkeits-Entwicklung der Jugendlichen. Der Stadtrat setzt unnötige Anreize für eine Freizeitbetätigung in die fal-

sche Richtung und konkurrenziert Vereine, Jugendorganisationen und selbstverständlich auch das Elternhaus und die Familie. Wie kontraproduktiv sich das auswirkt, ist u.a. am kolossalen Littering und an Sachbeschädigungen und Schmierereien leicht auszumachen. Oder sind die autonomen Jugendzentren wirklich nur als Auffangbecken für diejenigen gedacht, die es aus irgendwelchen Gründen nicht in einen oder gar mehrere Vereine geschafft haben? Sind „Treffe“ und „Parties“ wirklich die sinnvolle Alternative? Wieso legt man hier ein 3,6-Millionen-Geschäft (4 x CHF 895'000.--) vor, ohne ein abgesegnetes „Kinder- und Jugendkonzept“ zu haben? Der Anlauf zu einem solchen Konzept ist ja bekanntlich am 29. Juni 2010 im GGR gescheitert, sprich vom GGR ablehnend zur Kenntnis genommen worden. Nicht gelöst ist die Problematik, dass von den die Einrichtungen und Angebote des Vereins ZJT in Anspruch nehmenden Jugendlichen nur rund ein Viertel aus der Stadt Zug stammt. Die überwiegende Mehrheit kommt von auswärts. Ob hier ein System mit Spezialausweisen für Ortsansässige mit 50% Rabatt auf allen Eintritten oder ein anderes System mit ähnlicher Wirkung, oder ob künftig die strikte Einforderung von Gemeindebeiträgen als Voraussetzung für die Gleichbehandlung von Auswärtigen gelten soll, muss vom Stadtrat bis zur Vorlage eines neuen Rahmenkredits definitiv (und innovativ) geklärt sein.“ Dieses Zitat hat Willi Vollenweider aus dem Bericht und Antrag der GPK vom 2. November 2010 abgeschrieben. Es muss leider festgestellt werden, dass sich in dieser Frage rein gar nichts getan hat. Auch ist die im Bericht und Antrag des Stadtrats vom 22. März 2011 geäusserte Absicht, „Gespräche über eine Mitfinanzierung durch die anderen Zuger Gemeinden sowie durch den Kanton“ zu führen, bis jetzt ein blosses Lippenbekenntnis geblieben. Es kann nicht sein, dass der Stadtrat ein 3,6-Millionengeschäft vorlegt, ohne über ein positives Resultat solcher Gespräche zu informieren. Wieso ist eine positive Meldung ausgeblieben? Entweder hat sich der Stadtrat nicht durchsetzen können oder die ZJT-Aktivitäten werden durch die Nachbargemeinden auch nicht goutiert. Wenigstens besteht jetzt ein erster rudimentärer Entwurf einer Leistungsvereinbarung. Darin sind Aufgaben- und Leistungsumfang aber derart schwammig umschrieben, dass man beim Durchlesen rasch merkt, dass das Wort „Leistung“ lediglich in den Überschriften vorkommt, im Inhalt aber fehlt. Das Wort „Leistung“ hat mit erledigten Arbeiten in einer definierten Zeitspanne zu tun. Und mit dem Erreichen konkreter Ziele. Die einzigen Zahlen, die in dieser Leistungsvereinbarung vorkommen, sind die Zahl 895'000 und der Indexstand. Leistung und die Erreichung von Zielen sind messbar, z.T. mit einem Qualitäts-Management-System. Aufgrund des vorliegenden Leistungsvereinbarungs-Entwurfes während oder am Ende der Vertragsperiode kann leider keinerlei Aussage darüber gemacht werden, ob Leistungsziele erreicht worden sind oder nicht. Ganz einfach, weil sie nicht messbar vorgegeben worden sind. Jeder Vereinsvorstand, der ein solch schwammiges Jahresprogramm vorstellen würde, wäre in kürzester Zeit abgewählt. Die SVP-Fraktion lehnt aus diesen Erwägungen heraus den Antrag des Stadtrates ab.

Isabelle Reinhart: Die CVP sieht es weder euphorisch wie die SP als Vorrednerin, noch möchte sie die Jugendarbeit so abwertend beurteilen wie die SVP. Die CVP-Fraktion geht diesbezüglich eher einen Weg der Mitte, wie man es von ihr auch kennt. Damit sei gleich vorweggenommen: Diese Vorlage hat bei der CVP-Fraktion keine grossen Begeis-

terungswellen geworfen. Die Vorlage wurde an der Fraktionssitzung sehr kontrovers diskutiert, mit dem Fazit, dass die stadträtliche Vorlage nicht restlos von der Notwendigkeit überzeugen konnte, den beantragten Kredit für die nächsten 4 Jahre zu sprechen. Eher kommt die Vorlage einer Zwängerei gleich, bei der von Seiten des Vereins und der Stadt nicht akzeptiert werden konnte, dass der Rat für das laufende Jahr einen reduzierten Beitrag gesprochen hat. Das heisst nun aber nicht, dass die CVP-Fraktion die grosse Arbeit und all die verschiedenen Aktivitäten des Vereins Zuger Jugendtreffpunkte nicht schätzen würde. Ein Mitglied der Fraktion ist der Einladung ins Jaz an der St.-Oswalds-Gasse gefolgt und hat sich davon überzeugen lassen, dass die Jugendlichen sehr praxisbezogene Arbeit leisten; die Projektarbeit, die im Übrigen vielen als Lernfeld dient, ist für die Jugendlichen zudem auch von gegenseitigem Nutzen. Dieser Besucher war jedenfalls beeindruckt vom Engagement der Mitarbeiter. Unzufrieden ist die CVP-Fraktion jedoch mit der Finanzierung. Dass die Stadt Zug für die nächsten vier Jahre ihren jährlichen Beitrag wiederum um CHF 128'360.-- erhöhen und somit – grosszügig gesprochen – gegen eine Million Franken pro Jahr ausgeben soll, findet die CVP-Fraktion schlicht übertrieben. Bereits im letzten Jahr, als es um eine Kreditvorlage ging, hat die CVP moniert, dass die Beitragsleistungen der zehn übrigen Zuger Gemeinden sehr zu wünschen übrig lassen. Und dies hat sich auch in diesem Jahr nicht geändert: Baar und Steinhausen beteiligen sich mit gerademal CHF 45'000.--. Weitere CHF 19'000.-- steuern Kirchen aus Zug und Baar bei. Offenbar wird sich im nächsten Jahr zusätzlich Mellingen mit CHF 2'000.-- beteiligen. Die anderen 7 Gemeinden haben bis heute noch keinen Rappen bezahlt. Gemäss Statistik im Controllbericht kommen die meisten Jugendlichen, welche die i45 besuchen, nicht aus der Stadt. Ein Drittel stammt gar aus den umliegenden Kantonen. Dieses Missverhältnis gibt einmal mehr sehr zu denken. Grundsätzlich wertschätzt die CVP-Fraktion die Leistung der Jugendlichen, die sie bei eigenen Aktionen und Projekten einbringen. Es kann auch mit Freude festgestellt werden, dass sie viel Eigenleistung erbringen. Die CVP-Fraktion möchte diese daher auch honorieren, hat aber Mühe damit, den Topf immer wieder füllen zu müssen. Verschiedene Projekte, wie beispielsweise die Radioindustrie und „Rock the docks“ wurden ausgegliedert, werden damit nicht mehr aus dem Topf des Vereins Zuger Jugendtreffpunkt-finanziert, jedoch weiterhin von der Stadt mit Beiträgen unterstützt. Die CVP hat sich aus den kurz skizzierten Gründen entschieden, einstimmig den Antrag der GPK zu unterstützen, dies im Sinne eines Kompromisses: Dabei sieht sie die Kürzung um CHF 50'000.-- nicht explizit als Verzicht auf die beantragte 50%-Stelle. Vielmehr erachtet sie die somit verbleibenden, resp. neu eingeschenkten CHF 75'000.-- als nicht zweckgebundenen Beitrag, der auch für ein gewisses Stellenpensum eingesetzt werden könnte.

Rainer Leemann: Die FDP-Fraktion schätzt die Arbeit des Vereins Zuger Jugendtreffpunkte (ZJT) sehr und ist erfreut, Jugendliche Möglichkeiten haben, sinnvolle Tätigkeiten zu machen und vor allem Verantwortung zu tragen, indem sie bei Veranstaltungen mithelfen oder diese sogar selber organisieren müssen. Damit soll Freude verbreitet werden an der Selbstinitiative. Das fördert das Bewusstsein, dass die Annehmlichkeiten der Konsumgesellschaft nicht vom Himmel gefallen sind, sondern Konsum und

Wohlstand zuerst verdient werden müssen. Nachdenklich aber stimmen die immer wachsenden finanziellen Anträge an die Stadt Zug. Die Vereinsleitung sollte mit den bestehenden Ressourcen kostenbewusst umgehen. Auch die angesprochene Problematik Littering könnte angegeben werden mit den Mitgliedern oder Gästen, welche einen grossen Betrag bekommen. Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag der GPK und erachtet den letztjährigen Betrag als angebracht. Es sei betont, dass dies keine Kürzung ist, sondern eine Beibehaltung des Betrages. Falls die anderen Gemeinden, welche noch keinen Beitrag geleistet haben, CHF 5'000.-- sprechen würden (6 % des Gesamtbetrags), wäre dieser Betrag bereits gedeckt, welcher mit dem Antrag der GPK nicht gesprochen wird. Dieser Aufruf gilt der Stadt Zug, aber auch an den Verein ZJT, dass wieder verhandelt wird. Es ist zu hoffen, dass der Stadtrat das Postulat der FDP-Fraktion zur Thematik des ZFA, welches genau in diese Richtung geht und im September 2010 eingereicht wurde, pünktlich beantworten wird.

Monika Mathers liest das Votum von Susanne Giger vor, welche als Präsidentin des ZJT im Ausstand ist: „Ich möchte ganz speziell unsere jungen Gäste begrüßen, die sich heute für einen Anschauungsunterricht in „gelebter Demokratie“ in diesen Rat begeben haben! Ich bin keine „Tennismutter“, habe aber nichts gegen diesen Sport einzuwenden und optimale Trainingsbedingungen können sicher ein Standortvorteil für Zug sein. Auch das Kulturzentrum Industrie45 und die Jugendanimation Zug sind ein wichtiger Standortvorteil für Zug. Um diese Attraktivität zu erhalten und auszubauen ist der Verein dringend auf den Beitrag von CHF 895'000.-- angewiesen! Ich finde es sehr wichtig, dass unsere Jugendlichen ihre Freizeit in einer Zuger Einrichtung verbringen und nicht nach Zürich oder Luzern ausweichen, weil sie es bei uns „uncool“ finden! Auch halte ich es für fatal jugendliches Freizeitverhalten zu werten und Jugendliche in „Böse“ und „Gute“ aufzuteilen, denn der grösste Teil ehemaliger Besucher der Einrichtungen des Vereins ZJT hat es heute geschafft erfolgreich im Kasernenhof der Erwachsenen mitzumarschieren. Die dreissigjährige Erfolgsgeschichte der Industrie45 wird von Fachleuten aus der ganzen Schweiz bewundert und zum Vorbild genommen. Komplimente sind eine feine Sache, doch was dringend gebraucht wird, ist eine „anerkannte Währung“! Darum geschätzte Kolleginnen und Kollegen bitte ich darum, dem Vorschlag des Stadtrates und dem Betrag von CHF 895'000.-- beherzt zuzustimmen, denn wie heisst es so schön: In die Jugend zu investieren, lohnt sich immer!“

Monika Mathers möchte nun noch zum Votum von Willi Vollenweider Stellung beziehen: ZJT ist einer der 300 Vereine in Zug. Also arbeiten diese Personen in einem Verein mit. Der Sohn von Monika Mathers war in der Pfadi. Sie hat von ihm erst kürzlich erfahren, dass er auch im ZJT aufgelegt habe. Also kann man beides tun, und es tut gut. Willi Vollenweider betont, dass nur ein Viertel der Besucher aus Zug stammen. Gott sei Dank, denn die Konzerte finanzieren sich über die Besucher. Das ist gleich, wie wenn die Bossard-Arena nur von Zugern besucht würde. Die auswärtigen Besucher bezahlen für ihre Konsumationen im ZJT, also braucht es sogar diese Besucher. Die Organisatoren und Planer der Anlässe stammen aber vor allem aus Zug. Es ist richtig, dass die Jugendlichen auf das Erwachsenenalter vorbereitet werden sollen. Die Erwachsenen brauchen das Casino, Theater, Konzerte usw. Aber auch die Jungen brauchen ihr Casino, das ist

halt vielleicht die i45. Auch da bezahlt die Stadt. Die Stadt Zug bezahlt aber auch an die Bossard-Arena, die Badi usw., ohne zu kontrollieren, wer von Zug stammt und wer nicht. Stadträtin Vroni Straub hat vom Littering gesprochen und betont, dass nicht gleichzeitig diese Stelle im Werkhof abgebaut werden müsse. Monika Mathers hat im letzten Winter zum Thema Vandalismus mit dem Werkhofchef gesprochen und wollte wissen, welche Aufgaben sich für den Werkhof auf diesem Gebiet ergeben. Daraufhin antwortete der Werkhofchef, er hätte lieber einige Jugendarbeiter mehr und dafür einige Angestellte weniger beim Werkhof. Monika Mathers ist von der Notwendigkeit überzeugt und erinnert daran: Alles wird teurer.

Michèle Kottelat hat während der legendären Jugendunruhen 1981 ihre parlamentarische Tätigkeit begonnen. Heute 30 Jahre später stellt sie ernüchert fest: die Positionen und Argumente der Herren in der hinteren Reihe haben sich um keinen Deut verändert. Die offene Jugendarbeit muss immer noch um ihre Akzeptanz kämpfen, ihre Kreditbegehren sind auch heute noch heiss umstritten. Dabei wird die Wirkung der offenen Jugendarbeit immer unterschätzt. Es wird zu wenig wahrgenommen, dass diese Art von Jugendarbeit im Bereich der Sucht und Gewaltprävention eine wichtige Rolle spielt. Es ist auch die offene Jugendarbeit, die sich um sozial - und verhaltensauffällige Jugendliche kümmert, was keine einfache Sache ist. Aber da wird gehandelt und nicht nur parliert. Michèle Kottelat spricht da aus Erfahrung, war sie doch in der Quartier- und Jugendarbeit tätig und kann sagen, es war kein Honigschlecken, sondern eine sehr anspruchsvolle aber befriedigende Arbeit. Wer sich da einsetzt, ist bereit, persönlich viel zu geben und muss eine grosse Frustrationstoleranz haben – eine Parallele zur Politik! Die Gesellschaft ist vielfältig, es sind nicht alle nach demselben Muster gestrickt. Ein gutes Beispiel dieser Vielfalt liefert das Parlament. Die Lebensweisen und Einstellungen könnten nicht vielfältiger sein. Bei den Jugendlichen fallen diese Unterschiede noch stärker ins Gewicht. Es gibt Jugendliche, die sich in der Freizeit gerne in Organisationen mit klaren Strukturen betätigen. Andere kommen damit weniger gut klar und suchen ihre Entfaltung in einem anderen, freieren Rahmen. Freiräume werden aber heute immer enger oder verschwinden gänzlich. Sehr deutlich erfährt man das in der Stadt Zug mit ihrem rasanten Wachstum. Die Kern- und Kantonshauptstadt Zug verfügt gemessen an ihrer Grösse und ihrem Einzugsgebiet über ein eher knappes Jugendangebot. Und trotz markantem Bevölkerungswachstum stagniert das Budget für die offene Jugendarbeit, es ist sogar rückläufig - diese Rechnung kann langfristig nicht aufgehen das führt zu Defizitwirtschaft! Zug kann es sich nicht mehr leisten, am falschen Ort zu sparen. Die Grünliberalen stimmen daher dem Antrag des Stadtrats zu und lehnen jenen der GPK, mit der Budgetkürzung entschieden zurück.

Urs Bertschi: Die Haltung und das Votum der SVP-Fraktion war keine Schweizer Qualität, geschweige dann Zuger Qualität. Damit wurde der Beweis erbracht, dass die SVP-Fraktion bis heute nicht weiss, was der Verein ZJT alles leistet. Wäre die Fraktion am Infotreffen der Vorstandsdelegation und der Geschäftsführung anwesend gewesen, wüsste sie vielleicht etwas mehr. Dann wüsste sie, dass der Verein ZJT primär die Persönlichkeitsentwicklung der Jugendlichen im Fokus hat, dass es eben nicht um konsum-

orientiertes Leistungserbringen geht, sondern der Verein ZJT primär und vornehmlich die projektbezogene und wirkungsorientierte Jugendarbeit im Fokus hat. Eigenleistung steht dabei im Vordergrund. Es ist nicht Ziel des Vereins, den Jugendlichen unkontrolliertes Happy Life zu bescheren, sondern diese explizit in Projekte einzubinden und damit einen wirkungsvollen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung, Integration und Prävention zu leisten. Die Haltung der CVP ist auch nichts Neues. Immer wieder kommt die alte Leier der Fremdnutzer, aussergemeindlichen Nutzer, Zentrumslasten, der fehlenden Unterstützung durch die anderen Gemeinden. Da macht man es sich etwas zu leicht. Eine Kürzung um CHF 50'000.--, wie von der GPK vorgeschlagen, ist mutlos, unterstreicht die lavierende Haltung, nicht zuletzt auch diejenige der CVP. Die FDP plädiert den kostenbewussten Umgang mit den Ressourcen. Gerade der Verein ZJT hat in letzter Zeit nachhaltig unter Beweis gestellt, dass er sehr wohl kostenbewusst arbeitet und es geschafft hat, mit den gekürzten Ressourcen verantwortungsvoll umzugehen und immer noch ein gutes Programm zu bringen. Dieser Tatbeweis ist erbracht. Die FDP spart nicht, sondern betreibt konkreten Leistungsabbau in einem sehr sensiblen Bereich der Integration und Prävention. Solche Kurzsichtigkeit hat die Stadt Zug wirklich nicht verdient. Urs Bertschi ersucht den Rat daher, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen.

Martin Eisenring: Der Rundumschlag von Urs Bertschi wäre absolut nicht nötig. Schlussendlich geht es hier um ein Sachgeschäft. Alle Fraktionen haben sich gut damit auseinander gesetzt. Es muss möglich sein, auch ohne gegenseitige Schuldzuweisungen, eine eigene Meinung zu äussern. Sonst wäre das Parlament überflüssig. In einigen Punkten geht Martin Eisenring aber mit Urs Bertschi einig. Die Informationsveranstaltung hat hierzu sicher geholfen. Bis dahin war Martin Eisenring immer der Meinung, beim ZJT ginge es insbesondere darum, irgendwelche Konzerte zu organisieren, die von Jugendlichen und weitgehend Jugendlichen von ausserhalb der Stadt konsumiert würden. An dieser Veranstaltung wurde aber klar aufgezeigt, dass es in erster Linie darum geht, die Jugendlichen in die Verantwortung zu nehmen, sind sie doch selber Organisatoren dieser Anlässe. Sie betreiben ein grosses zeitliches Engagement und lernen dabei sicher sehr viel. Auch der heutige aussergewöhnlich grosse Besucheraufmarsch ist ein klares Zeichen, dass ein grosses Interesse an diesem Verein besteht und mit Einsatz dafür gearbeitet wird. Das muss in erster Linie unterstützt. Es geht nicht um den Konsum, sondern um die Freiwilligenarbeit. Heute ist bereits eine andere Vorlage beraten worden. Der GGR hat sich daher bei den verschiedenen Geschäften mit dem gleichen Massstab messen zu lassen. Eine grosszügige Summe wurde den Tennisclubs zur Verfügung gestellt. Diese Unterstützung sollte auch den Jugendlichen zukommen. Der Verein ZJT hat eine lange Tradition und hat sich über die Jahre hinweg sehr bewährt. Martin Eisenring ist froh darüber, dass diese Aufgabe in einem selbständigen Verein wahrgenommen wird und nicht einfach im Schuldepartement angesiedelt wird, wo im Verwaltungsapparat weiter und teurer produziert würde als dies hier in diesem freiwilligen Verein der Fall ist. Trotzdem wird es als sehr wichtig erachtet, dass eine gesunde, gute Koordination zwischen den Tätigkeiten der Stadt und der ZJT stattfindet. Der ZJT produziert günstig. Es steckt sehr viele Freiwilligenarbeit dahinter. Martin Eisenring möchte sich dafür

einsetzen, dass der ebenfalls grosszügige Antrag der GPK beschlossen wird. Es ist nicht so, dass damit nur der Status quo erhalten bleibt, sondern es handelt sich um eine Erhöhung von CHF 75'000.--. Diese gute Ausgangslage soll zugleich Ansporn sein für die ZJT, weiterhin aktiv tätig zu sein. Es gibt auch wieder andere Möglichkeiten, mit guten Projekten bei der Stadt anzufragen, um Unterstützungen zu erhalten. Martin Eisenring empfiehlt daher, den Antrag der GPK zu unterstützen.

Roger Hess: Urs Bertschi hat mehrfach darauf hingewiesen, dass es sich hier um einen Leistungsabbau handle. Dem ist aber nicht so. Roger Hess verweist hiezu auf Seite 6, unten, des Berichtes und Antrages und erwähnt folgende Beträge:

Beitrag Stadt Zug 2011:	CHF	766'640.--
Wiederherstellung Leistung 2010	CHF	75'000.--
Leistungsausbau 50% Stelle	CHF	53'360.--
Das ergibt total	CHF	895'000.--

Roger Hess möchte nochmals betonen, dass die FDP-Fraktion die Arbeit des ZJT sehr schätzt, es aber darum geht, einen weiteren Ausbau nicht zu unterstützen.

Rainer Leemann: In der Leistungsvereinbarung steht in Punkt 2.1.2.: „Die rechtlichen Grundlagen sind einzuhalten.“ Rainer Leemann möchte diesen gerne mit folgendem Satz ergänzen und fordert die Stadt auf, dies bei der Verhandlung miteinzubeziehen: „Bei einer Missachtung der Gesetze wird ein sofortiges halbjähriges Hausverbot von der Trägerschaft ausgesprochen.“

Begründung: Eine Aufforderung ohne wirkliche Konsequenzen ist sinnlos. Damit wird der Trägerschaft ein Instrument gegeben, störenden Gästen den Eintritt zu verweigern. Damit können Gäste geschützt werden, welche sich korrekt verhalten. Es sollte normal sein, dass die Gesetze eingehalten werden. Darum stört ein solcher Zusatz in der Leistungsvereinbarung niemanden, sondern gibt ein Instrument, die Gesetze in einer öffentlich unterstützten Lokalität einzuhalten.

Manfred Pircher: Können bei den Stellen Ausbildung, Animation, Stellen gestrichen werden? In dieser Vorlage wird immer von Einsparungen gesprochen. Wird beim Umsatz des Restaurants ein Gewinn erwirtschaftet? Wird für die Reinigung externes Personal eingesetzt oder werden hier Eigenleistungen des Vereins erbracht?

Monika Mathers möchte Rainer Leemann darauf hinweisen, dass dieser Antrag nicht so einfach ist. Monika Mathers hat sich beim Rechtsdienst der Stadt informiert, wer die Leistungsvereinbarungen erarbeitet. Das ist eine klare Aufgabe des Stadtrates und nicht des Parlaments. Daher kann der GGR nicht einfach Änderungen beschliessen. Monika Mathers zitiert aus der Antwort des Rechtsdienstes (Zitat): „Nach dem Gewaltenteilungsprinzip hat sich somit der Grosse Gemeinderat auf die Kreditbewilligung zu beschränken und die Vollziehung des Kreditbeschlusses in Form eines Vertragsabschlusses mit der Leistungserbringerin dem Stadtrat zu überlassen.“ (Zitatende). Es stimmt nicht, dass der bisherige Stand beibehalten wird. Letztes Jahr wurde der Betrag auf die

Basis von 2005 reduziert, indem die CHF 75'000.-- gestrichen wurden. Mit einem um CHF 50'000.-- tieferen Betrag wird nur knapp die Höhe von 2005 überstiegen.

Stadtrat Ivo Romer bestätigt, dass der Stadtrat mit dem Vollzug bzw. der Erarbeitung der Leistungsvereinbarung beauftragt ist. Trotzdem weist die Leistungsvereinbarung Positionen mit politischen Aufträgen aus. Insofern ist es dem GGR unbenommen, einzelne Punkte einzufügen. Über den Betrag wird schliesslich auch debattiert.

Martin Eisenring: Die Frage bezüglich der Hausverbote wurde an der damaligen Informationsveranstaltung thematisiert und entspricht bereits der gängigen Praxis. Es wurde sogar schon ein Schlüsselsystem implementiert mit elektronischen Schlüsseln, welche nach Bedarf ausgeschaltet werden können. Davon unterscheiden sich aber die organisierenden und wichtigen Vereinsmitglieder, welche man hier auch treffen möchte. Wenn offensichtlich ein Gesetzesverstoss vorhanden ist, wird dieser heute auch bereits schon geahndet. Da braucht es keinen zusätzlichen Vermerk in der Leistungsvereinbarung. Martin Eisenring empfiehlt daher, diesen beantragten Passus nicht in die Leistungsvereinbarung aufzunehmen.

Philip C. Brunner, Präsident GPK: Die Diskussion in der GPK verlief ähnlich kontrovers wie die heutige. Die Meinungen gingen auch damals sehr auseinander. In der GPK als 7-er Gremium konnten aber mit den Verantwortlichen diese Fragen geklärt werden. Die Diskussion ist offenbar geführt, wobei sich drei Positionen herausgeschält haben, nämlich

- komplette Ablehnung
- Version Stadtrat
- Version GPK

Philip C.- Brunner beantragt auch im Sinne der fortgeschrittenen Zeit, zumindest einmal den weiteren Weg zu klären und anschliessend über allfällige Detailanträge abzustimmen.

Stefan Hodel bezieht sich auf die Frage bezüglich Reinigungspersonal und verweist auf Seite 8, wo die Frage behandelt wird, warum die i45 eine Putzfrau braucht. Wenn die Vorlage seriös studiert wird, muss anschliessend nicht die Zeit von 40 Parlamentariern beansprucht werden.

Stadträtin Vroni Straub dankt allen Rednern für deren engagierten Voten und spürt auch dem Verein ZJT gegenüber grosses Wohlwollen. Deren Arbeit wird sehr geschätzt. Mit einer Ausnahme sind alle Fraktionen mit der Erneuerung der Leistungsvereinbarung einverstanden. Wird der stadträtliche Beitrag gekürzt und der Antrag der GPK unterstützt, muss sich der Verein überlegen, wie er seine Arbeit nächstes Jahr gestalten soll bzw. welche Veranstaltungen nicht mehr oder anders durchführen kann. Vor allem die zunehmenden risikobehafteten wie beispielsweise Hip-Hop-Konzerte verlangen Doppelpräsenzen und binden daher vermehrte Ressourcen. Wenn diese Veranstaltungen nicht mitorganisiert und getragen werden, sind diese Jugendlichen irgendwo, aber

mit Sicherheit nicht beim ZJT. Dieser Aspekt darf nicht ausser Acht gelassen werden. CHF 50'000.-- sind mit Sicherheit schon für Unsinnigeres gesprochen worden, für Studien, die in der Schublade ihre Versenkung fanden. Diese CHF 50'000.-- sind aber Tag und Nacht spürbar. Stadträtin Vroni Straub plädiert daher vehement dafür, den Antrag des Stadtrates zu unterstützen. Rainer Leemann vermischt zwar mit seinem Antrag die strategische und operative Ebene, jedoch könnte der Passus durchaus in die Leistungsvereinbarung aufgenommen werden.

Manfred Pircher erwartet noch eine Antwort auf seine gestellte Frage, ob das Restaurant Gewinn oder Verlust erwirtschaftet.

Stadträtin Vroni Straub kann diese Frage nicht sofort beantworten und müsste dies im Jahresbericht nachlesen. Das Jaz-Restaurant generiert aber mit Sicherheit Gewinn.

Stefan Moos: Stadträtin Vroni Straub hat vorhin erklärt, dass bei einem um CHF 50'000.- tieferen Beitrag der Verein sich überlegen müsse, wie er das einspart. Monika Mathers hat von Anschauungsunterricht für gelebte Demokratie gesprochen. Es war zu hören, dass drei Viertel der Nutzer nicht aus der Stadt Zug kommen. Diese drei Themen zusammengefasst müsste sich der Verein nicht überlegen, wo er CHF 50'000.-- einsparen, sondern wo er sie zusätzlich beschaffen kann. Von den drei Vierteln, die nicht aus der Stadt Zug kommen, stammen wahrscheinlich einige aus einer der sieben Gemeinden, die heute nichts bezahlen. Also gäbe es die Möglichkeit, nicht nur Anschauungsunterricht für direkte Demokratie zu erleben, sondern 1:1 politische Erfahrung zu sammeln. Die andern Gemeinden kennen nämlich kein Parlament, weshalb jeder stimmberechtigte Bürger die Möglichkeit hat, Anträge zu stellen. Wenn diese CHF 50'000.-- durch die sieben Gemeinden dividiert werden, ergibt das pro Gemeinde rund CHF 7'150.--. Stefan Moos ist daher überzeugt, dass hier bei den Gemeinden auch noch etwas geholt werden könnte.

Monika Mathers: Von auswärts kommen die Besucher, welche Eintritt bezahlen oder zumindest etwas konsumieren. Sie generieren also ihr Geld. Wie wäre es nun, wenn ein EVZ-Match nur vor Zuger Publikum gespielt werden dürfte oder wenn im Casino ein Konzert nur für Zuger stattfinden dürfte? Es muss also durchaus mit gleich langen Ellen gemessen werden.

Stadtrat Ivo Romer: Die Forderung ist bestens bekannt. Die Lösung der Finanzierung solcher Angebote steht im Rahm. Fakt ist: im Kanton Zug funktioniert die Solidarität innerhalb der Zuger Gemeinden nur, solange die Stadt Zug zahlt. Es ist unschön, aber es ist so. Die wiederholte Aufforderung, es sei der Nachweis zu liefern, dass die Stadt Zug bei den anderen Gemeinden um entsprechende Beiträge nachgesucht habe, ist in der Vergangenheit schon zur Genüge erbracht worden. Es funktioniert nicht. Es gibt auch keine Rechtstitel, wie andere Gemeinden gezwungen werden können, hier auch nur einen Franken mitzufinanzieren. Stefan Moos hat die Rechnung relativ einfach ge-

macht. Stadtrat Ivo Romer findet es eine überaus starke Peinlichkeit für andere Gemeinden, wenn sie jährlich CHF 7'000.-- nicht auf die Reihe kriegen.

Ratspräsident Jürg Messmer teilt mit, dass der Stadtrat gewillt wäre, den Antrag von Rainer Leemann in die Leistungsvereinbarung aufzunehmen.

Rainer Leemann erklärt sich damit einverstanden.

Beratung des Beschlussesentwurfes:

Zu Titel und Ingress wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsident Jürg Messmer erklärt so beschlossen.

Ziff. 1:

Abstimmung

über den Antrag des Stadtrates für einen Beitrag von CHF 895'000.-- gegenüber dem Antrag der GPK für CHF 845'000.--:

Für den Antrag des Stadtrates stimmen 12 Ratsmitglieder, für den Antrag der GPK stimmen 24 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass der GGR mit 24:12 Stimmen den Antrag der GPK gutgeheissen und denjenigen des Stadtrates abgelehnt hat. Somit reduziert sich der Beitrag auf CHF 845'000.--. Ziff. 1 ist in dieser Form beschlossen.

Zu Ziff. 2 bis 4 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsident Jürg Messmer erklärt so beschlossen.

Schlussabstimmung:

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 30 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrs dem Antrag des Stadtrates zu.

Beschluss des Grossen Gemeinderats von Zug Nr. 1547

betreffend offene Jugendarbeit: Beitrag an den Verein Zuger Jugendtreffpunkte für die Jahre 2012 - 2015; Kreditbegehren

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2141 vom 22. März 2011:

1. Zugunsten des Vereins Zuger Jugendtreffpunkte (ZJT) wird für die Jahre 2012 bis und mit 2015 ein jährlich wiederkehrender Beitrag von CHF 845'000.00 zu Lasten der Laufenden Rechnung, Kostenstelle 2820/36520.12, Verein Zuger Jugendtreffpunkte, bewilligt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, den Beitrag jeweils über das Budget der Teuerung anzupassen.
3. Dieser Beschluss tritt unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums gemäss § 8 der Gemeindeordnung sofort in Kraft. Er wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

11. Reglement über die Aussenwerbung (Reklamereglement): Totalrevision; 1. Lesung

Philip C. Brunner beantragt namens der SVP-Fraktion, das Traktandum 11 aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auszusetzen, damit heute zumindest die nachfolgenden Interpellationen noch beantwortet werden können. Entscheidend ist nicht, dass es sich bei drei von vier Interpellationen um solche der SVP-Fraktion und bei der vierten um eine solche der FDP-Fraktion handelt, sondern weil das Reglement ein intensives Geschäft ist, das entsprechend Zeit beansprucht. Das Geschäft ist wichtig genug, damit sich der Rat mit voller Konzentration damit befasst.

Ratspräsident Jürg Messmer kann diesen Antrag nachvollziehen, nachdem vom Vizepräsidenten zu hören war, dass die BPK drei Sitzungen zu diesem Traktandum abgehalten hat.

Urs Bertschi beantragt, die Sitzung jetzt abubrechen und die verbleibenden vier Traktanden auf die nächste Ratssitzung zu verschieben.

Ratspräsident Jürg Messmer: Wenn das Reglement jetzt abtraktandiert wird, verbleiben noch vier Interpellationsbeantwortungen. Diese sollten problemlos in einer halben Stunde bearbeitet werden. Es ist zu bedenken, dass die nächste Sitzung bereits auf 14.00 Uhr angesetzt ist und die Rechnung 2010 sowie die Vorlage Podium 41 beraten werden muss.

Abstimmung

über den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion, Traktandum 11 auszusetzen und die nachfolgenden Interpellationen noch zu beantworten, gegenüber dem Antrag von Urs Bertschi auf Abbruch der Sitzung:

Für den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion stimmen 20 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass der GGR mit 20 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrts den Antrag von Philip C. Brunner namens der SVP-Fraktion gutgeheissen hat. Somit wird Traktandum 11 ausgesetzt und auf die nächste Sitzung verschoben.

12. Interpellation der SVP-Fraktion vom 17. Januar 2011 betreffend Probleme im Zuger Schuldepartement

Der Wortlaut der Interpellation befindet sich auf S. 4 f. des GGR-Protokolls Nr. 2 vom 25. Januar 2011.

Es liegt vor:

Antwort des Stadtrates Nr. 2145

Manfred Pircher dankt namens der SVP-Fraktion dem Stadtrat für die Beantwortung unserer Fragen. Es hat sich eine Veränderung im Schuldepartement gezeigt, der Rektor wurde entlassen. Es ist zu hoffen, dass nun wieder Ruhe einkehrt in den Schulhäusern und unter der Lehrerschaft. Die Suspendierung war etwas fragwürdig. Darüber hat aber der Stadtrat selber zu entscheiden.

Karl Kobelt beantragt Diskussion.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt ist und somit die Diskussion stillschweigend beschlossen erscheint.

Karl Kobelt: Die Antwort des Stadtrates auf Frage 5 lautet (Zitat): „Der Stadtrat hat den Handlungsbedarf rechtzeitig erkannt“. Warum hat der Stadtrat dann nicht schon 2009 die Massnahmen eingeleitet und durchgeführt, die jetzt angezeigt waren?

Philip C. Brunner, Präsident GPK, möchte persönlich dem Stadtrat für seinen Mut danken, am Anfang der Legislatur solche Entscheid zu treffen. Das ist echte Führungsstärke.

Stadtpräsident Dolfi Müller: 2009 war der damals vorhandene Konflikt in der obersten Chefetage zwischen Schulkommission und den in diesem Stock angesiedelten Akteuren vorhanden. 2010 war eher der Mittelbau betroffen, nämlich die Lehrerschaft. Also war Vorsicht angezeigt. Der Fall wurde lange genug und intensiv beobachtet. Irgendwann musste aufgrund verschiedener Auffassungen eine Trennung vollzogen werden. Im Klassenzimmer ist aber der Konflikt nie angelangt.

Louis Bisig war in der Schulkommission als der Entscheid bezüglich der Versetzung der 6 Lehrpersonen der Kommission begründet und kommuniziert wurde. Die Information in der Schulkommission entspricht nicht dem geschriebenen Sachverhalt von W. Holz in der NZZ am 11.3.2011, der von einer willkürlichen Versetzung schreibt. Viele Fakten wurden in der Zeitung und in verschiedenen Gesprächen genannt, dass in der Verität überhaupt nichts mehr gesagt werden kann. Informiert war Louis Bisig, dass Lehrpersonen für das Gespräch mit dem Rektor eine Drittperson, welche an die Schweigepflicht gebunden ist, beizogen. Louis Bisig findet es richtig, dass in einem angespannten Ver-

hältnis eine solche Person mitkommt. Offen bleibt die Frage, wie kommt es soweit, dass das gegenseitige Vertrauen derart gestört sein kann. Als Bürger konnte Louis Bisig, und sicher auch ein Teil der Lehrerschaft, nicht nachvollziehen, was wirklich geschehen ist. Einerseits las man in der vorweihnachtlichen Presse den Hilfeschrei der Lehrerschaft aus dem Quartier West. Anschliessend boten sich für verschiedene Personen die Gelegenheit in Leserbriefen ihre politische Vergangenheit aufzuarbeiten bis hin zum Berater, der keine Details weiss. Da gibt es doch Fragen, die im Raum stehen, die erklärt, mindestens der Lehrerschaft erklärt werden müssen: Was ist wirklich geschehen? Aus Datenschutzgründen kann man Sachverhalte nicht oder vielleicht nur verklauselt kommunizieren. Es ist aber klar, dass mit der einvernehmlichen Auflösung des Arbeitsverhältnisses von J. Kraft, die Probleme nicht gelöst sind. Louis Bisig weist in diesem Zusammenhang auf das nächste Traktandum hin und wünscht dem Bildungsdepartement eine glückliche Rektorenwahl auch mit dem Blick auf das nächste Traktandum, wie man mit Chefbeamten umgeht.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass die **Interpellation der SVP-Fraktion vom 17. Januar 2011 betreffend Probleme im Zuger Schuldepartement beantwortet ist und als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden kann.**

13. Interpellation der SVP-Fraktion vom 17. März 2011 betreffend Arbeitsende von Rektor Jürg Kraft

Der Wortlaut der Interpellation befindet sich auf S. 7 f. des GGR-Protokolls Nr. 4 vom 22. März 2011.

Es liegt vor:

Antwort des Stadtrates Nr. 2144

Manfred Pircher dankt namens der SVP-Fraktion dem Stadtrat für die Beantwortung der gestellten Fragen.

Zu der Antwort auf Frage 1: Es sei erwähnt, dass der damalige Stadtrat Ueli Straub nicht die gleiche Meinung vertrat wie einige Stadträte und auf die Missstände aufmerksam machte, ja Jürg Kraft damals schon kündigen wollte, was die Mehrheit des Stadtrates nicht wollte. Ja es wurde sogar ein Mediator eingesetzt für teures Geld, welcher ja die Sache auch nicht aus der Welt schaffen konnte. Auch dass es die Lehrerschaft nicht betroffen hätte, entspricht nicht die Wahrheit, sonst wäre Manfred Pircher nicht als Gemeinderat von ihnen in einem anonymen Brief angeschrieben worden.

Zu der Antwort auf Frage 3: In der Privatwirtschaft erhält jemand nach der Kündigung noch den Lohn bis zum Ablauf der Kündigungsfrist. Abgangsentschädigungen erhalten höchstens die Abzocker auf den Chefetagen. Warum dies bei der Stadt Zug anders sein soll, ist für die SVP-Fraktion schleierhaft. Die SVP Fraktion behält sich daher vor, eine Motion zur Änderung des Personalreglementes einzureichen.

Zu der Antwort auf Frage 6: Nach Meinung der SVP-Fraktion drängt sich diese Frage und gerade diese Frage auf. Es kann nicht sein, dass bei einem so schwerwiegenden Fehlverhalten, dieses noch mit einer Abgangsentschädigung honoriert wird.

Barbara Hotz beantragt Diskussion.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt ist und somit die Diskussion stillschweigend beschlossen erscheint.

Barbara Hotz bezieht sich auf die Antwort zu Frage 3: Einvernehmliche Lösungen sind bekanntlich nie ganz günstig. Umso mehr erstaunt der letzte Satz, wonach durch die getroffene Lösung keine Budgetüberschreitung resultiert. Barbara Hotz wünscht die Details, ob allenfalls zu viel Budget gesprochen wurde. Die Antwort kann durchaus im Rahmen der ganztägigen GPK-Sitzung vom nächsten Montag gegeben werden.

Urs Bertschi: Die Antwort ist relativ einfach. Vielleicht war die ursprüngliche Frage einfach nicht allzu geschickt gestellt. Gewisse Bemerkungen, die noch anzubringen sind, haben durchaus noch Zusammenhang mit dem vorherigen Traktandum 12. Karl Kobelt hat gefragt, weshalb man nicht bereits 2009 reagiert habe. Dazu kann die Frage gestellt werden, warum nicht 2010 reagiert wurde. Immerhin wurden da auf der ganzen

Konfliktebene zwischen den Schulhäusern in Zug West, dem Rektorat und der Schulleitung die Konflikte sehr virulent. Der Stadtrat hätte gut getan, hier früher etwas genauer hinzuschauen, ungeachtet dessen, dass der eine verantwortliche Stadtrat demnächst Finanzchef wird und ungeachtet dessen, dass auch sämtliche linken Stadträte vor den Stadtratswahlen standen und im damaligen Zeitpunkt nicht gerade erpicht waren, grössere Turbulenzen loszutreten. Im Sinne einer konkreten Verantwortungsübernahme und Führungsverantwortung in der Stadt und im Schuldepartement wünscht sich Urs Bertschi für die Zukunft, dass Stadträte im Wahljahr ihre Verantwortung auch dann wahrnehmen und spürbaren, hörbaren, vernehmbaren schriftlich unterbreiteten Konflikten die nötige Beachtung schenken. Hier hätte man Einiges an Flurschaden vermeiden können in der Schule bei zahlreichen nicht involvierten Lehrpersonen, die stark von diesen Konflikten tangiert wurden. Es kann jetzt nicht einfach der Schwarze Peter der neuen Departementschefin überlassen werden.

Barbara Hotz fühlt sich von diesem Votum herausgefordert: Gab es damals nicht einen Stadtpräsidenten, der relativ sicher im Sattel sass? Hätte nicht er als oberster Führungsboss hier Führungsverantwortung übernehmen und die entsprechenden Massnahmen aufgreifen müssen?

Stadtpräsident Dolfi Müller nennt als Beispiel die Situation beim FC Luzern, wo Hakan Yakin als Spieler mit dem Präsidenten gesprochen und so den Trainer rausgemobbt hat. Genau dieser Effekt wäre entstanden, wenn sich Stadtpräsident Dolfi Müller eingemischt hätte. Es gibt einen Dienstweg, der einzuhalten ist. Dieser Dienstweg führt über den Schulpräsidenten. Es geht nicht an, dass Stadtpräsident Dolfi Müller sich auf allen Ebenen einmischt. Da würden sich alle dafür bedanken. Das wäre reine Führungsschwäche.

Stadträtin Vroni Straub hat am 3. Januar 2011 ihr Amt angetreten und dabei ein sehr gut strukturiertes und funktionierendes Bildungsdepartement übernehmen dürfen. Auf allen Ebenen hat sie hoch motiviertes Personal angetroffen, von dem sie sehr unterstützt wurde. Auch heute noch ist die Zusammenarbeit sehr gut. Was aber Stadträtin Vroni Straub auch sehr bald und alleine feststellte, dass Probleme zwischen Lehrkörper und Rektorat bestanden, welche tiefgreifend waren. Aufgrund dessen hat sie sich gegen einige Widerstände entschlossen, alleine in die Schulhäuser zu gehen. Dort hat sie zahlreiche Gespräche geführt und an Teamsitzungen teilgenommen. Dabei zeigte sich, dass das Vertrauensverhältnis sehr schwierig war. Der Stadtrat hat Stadträtin Vroni Straub dabei sehr gut unterstützt. Stadträtin Vroni Straub ist überzeugt, dass man jetzt auf gutem Wege ist. Es soll nun vorwärts geschaut werden.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass die **Interpellation der SVP-Fraktion vom 17. März 2011 betreffend Arbeitsende von Rektor Jürg Kraft beantwortet ist und als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden kann.**

14. Interpellation der SVP-Fraktion vom 3. Februar 2011 betreffend Einrichtung von neuen Parkuhren in der Stadt Zug

Der Wortlaut der Interpellation befindet sich auf S. 9 des GGR-Protokolls Nr. 3 vom 1. März 2011.

Es liegt vor:

Antwort des Stadtrates Nr. 2147

Werner Villiger bedankt sich für die prompte Beantwortung dieser Interpellation. Der Ersatz bestehender Parkuhren ist für die SVP-Fraktion unbestritten. Ebenso hat sie zur Kenntnis genommen, dass die Gebühren nicht verändert, sondern nur die gebührenpflichtige Zeit ausgedehnt wurde. Mit der Antwort des Stadtrates ist die SVP-Fraktion soweit einverstanden und hofft, dass auch zukünftig sehr restriktiv mit dem Einsatz neuer Parkuhren und einer Erhöhung der Parkgebühren umgegangen wird. Die SVP-Fraktion sagt immer Nein zu verdeckten Steuereinnahmen durch Gebühren. Dabei bleibt sie.

Louis Bisig möchte beweisen, dass die SP-Fraktion sehr lernfähig ist und auch schnell arbeitet. Die SP-Fraktion prüft nun genau, welche sinnvollen vernünftigen Interpellationen in den Rat gebracht werden, wie es von der SVP-Fraktion heute angesprochen wurde, und zieht bereits die Konsequenzen. Sie erachtete es daher als sinnvoll, die Antwort des Stadtrates der Firma TomTom in Form einer CD weiter zu geben, damit je nach Portemonnaie-Stand der Cadillac der SVP parkiert werden kann, ohne das ungute Gefühl, eine verdeckte Erhöhung der Parkgebühr bezahlt zu haben. Als GA-Besitzer ist Louis Bisig froh, mit dem Bus hier zu sein, ohne den büssenden Staat im Genick zu haben.

Manuel Brandenburg weist darauf hin, dass diese Interpellation aufgrund einer Meldung eines Bürgers eingereicht wurde, welcher sich ärgerte, dass die neuen Parkuhren das halbstündige Parkieren für CHF -.50 verbieten. Das hat der SVP-Fraktion den Anlass gegeben, noch einige weitere Fragen zu stellen, damit nicht der Stadtrat in Versuchung kommt, überall flächendeckend neue Uhren einzustellen und so ein Faktum zu schaffen, dass man gar nicht mehr während einer halben Stunde für CHF -.50 parkieren kann. Die SVP-Fraktion nimmt aber mit Genugtuung zur Kenntnis, dass der Stadtrat weiterhin keine Gebühren erhöhen und keine neuen gebührenpflichtigen Parkplätze einrichten wird.

Philip C. Brunner, Präsident GPK, hat Louis Bisig nicht ganz verstanden, ob er meint, dass die SVP hier zu viele Vorstösse einreiche. Kürzlich wurde genau zu diesem Punkt im Kantonsrat eine sehr interessante Debatte geführt. Damals wollte man aus einer Mittepartei die Vorstösse unterbinden. Die Linke hat zusammen mit der SVP hiezu leider erfolglos und knapp versucht, dies zu verhindern. Die SVP-Fraktion stellte sich dabei auf den Standpunkt, dass es wichtig ist, in einem Parlament frei und offen alle Fragen

diskutieren zu können und es nicht irgendwelcher Einschränkungen bedarf, diese Freiheit des Parlamentariers einzuschnüren. Da war man sich von ganz links bis ganz rechts alle einig. Leider konnte die Mitte nicht überzeugt werden, obwohl die CVP von den insgesamt 15 Vorstössen am meisten (7) eingereicht hatte. Genau diese Partei wollte aber diese Einschränkung einführen. Philip C. Brunner möchte das Wort für Demokratie reden und möchte jede Partei dazu ermuntern, auch die SP, welche auf diesem Gebiet in der Schweiz früher Einiges geleistet hatte, von dem man heute profitieren kann.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest. Dass die **Interpellation der SVP-Fraktion vom 3. Februar 2011 betreffend Einrichtung von neuen Parkuhren in der Stadt Zug beantwortet ist und als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden kann.**

15. Interpellation der FDP-Fraktion vom 10. März 2011 betreffend gewerbefreundliche Zahlungsfristen der öffentlichen Hand

Der Wortlaut der Interpellation befindet sich auf S. 7 des GGR-Protokolls Nr. 4 vom 22. März 2011.

Es liegt vor:

Antwort des Stadtrates Nr. 2146

Karl Kobelt dankt dem Stadtrat für die rasche Beantwortung der Fragen. Sie rühren von einer echten Besorgnis her, die von Zuger Unternehmern an die FDP-Fraktion herangetragen wurde. Es wurde verschiedentlich festgestellt, dass die Zahlungsfristen der Stadt Zug über Gebühr lang sind. So hat die FDP-Fraktion Kenntnis von einem Fall, bei dem Fristen für die Rechnungsprüfung und die Zahlung von jeweils 60 Tagen vertraglich fixiert wurden. Daraus ergibt sich eine theoretische Zahlungsfrist ab Rechnungserstellung von 120 Tagen! Das kann nicht hingenommen werden. Es wird eingeräumt, dass es sich hier um ein extremes Beispiel und nicht um einen Regelfall handelt.

Zu den einzelnen Antworten: Die FDP-Fraktion freut es, dass sich der Stadtrat in seiner Antwort zu Frage eins klipp und klar dazu bekennt, dass in aller Regel die Zahlungsfristen auf 30 Tagen festzulegen und strikt einzuhalten sind. Dass bei komplexen Abläufen Akonto- und Teilzahlungen definiert werden, wie der Stadtrat in Antwort zwei beschreibt, hält die FDP-Fraktion für richtig und sinnvoll. In der Antwort zu Frage drei wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat einräumt, die Zahlungsfristen insbesondere bei Bauprojekten kürzen zu können. Davon wird nun abgeleitet, dass der neue Bauchef sich hier um eine gewerbefreundliche Handhabung bemüht. Die FDP-Fraktion begrüsst dies und dankt ihm dafür. Sie wird das Ohr weiterhin nahe beim Gewerbe haben und sich vergewissern, dass diesen Worten nachhaltige Taten folgen.

Philip C. Brunner, Präsident GPK: Die SVP-Fraktion bedankt sich bei der FDP-Fraktion für diesen Vorstoss. Es ist erstaunlich, dass die SVP-Fraktion davon gar nichts gemerkt hat und die Zahlungsfristen nicht kennt. Es ist sehr interessant, dass dies aus der FDP kommt. Offenbar ist die FDP nicht nur mit ihrem Ohr, sondern auch mit etwas Anderem sehr nahe bei den Aufträgen. Anlässlich des Rundganges in der Verwaltung war Philip C. Brunner überrascht, mit wie wenig Personal diese Aufgabe wahrgenommen werden muss. Wenn das wirklich stimmt, was hier steht, darf man wirklich dem Finanzdepartement ein Kränzchen winden, dass diese Aufgabe überhaupt bewältigt werden kann. Für die Bewältigung dieses gewaltigen Arbeitspensums sagt Philip C. Brunner Danke. Wenn es klappt, umso besser!

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Jürg Messmer stellt fest, dass die **Interpellation der FDP-Fraktion vom 10. März 2011 beantwortet ist und als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden kann.**

16. Mitteilungen

Ratspräsident Jürg Messmer: Die SVP-Fraktion wünscht zur Abstimmung der 2000-Watt für Zug eine Erklärung abzugeben.

Willi Vollenweider bedauert, das Parlament zu dieser späten Stunde noch länger aufzuhalten. Wo es aber Missstände und Fehlleistungen gibt, akzeptiert der- oder diejenige das, wenn nichts gesagt wird. Fehlleistung im Bereich der Abstimmung vom 15. Mai 2011 ist im Schreiben des Regierungsrates dokumentiert. Am prägnantesten und kürzesten unter Ziff. II, am Schluss. Im Fazit hält der Regierungsrat fest, dass rechtliche Zweifel berechtigt sind an den Abstimmungserläuterungen. Dass der Regierungsrat in Abwägung aller Erkenntnisse von einem Einschreiten absieht, ist ein anderes Thema. Grundsätzlich ist aber die Problematik hier festgehalten. Die SVP-Fraktion im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug verurteilt scharf den einseitigen und massiv irreführenden Inhalt der Abstimmungs-Broschüre zur Volksabstimmung vom kommenden 15. Mai 2011. Der Grosse Gemeinderat der Stadt Zug hat die Initiative „2000 Watt für Zug“ an seiner Sitzung vom 25. Januar 2011 nach lebhafter und ausführlicher Diskussion deutlich abgelehnt. Im Ratsprotokoll kann nachgelesen werden: „Den Stimmberechtigten wird empfohlen, die Volksinitiative 2000 Watt für Zug, abzulehnen.“ Nach diesem klaren und eindeutigen Entscheid des Grossen Gemeinderates erstaunt nun ausserordentlich, dass leider festgestellt werden muss, dass der Stadtrat der Stadt Zug sich über dieses Verdikt hinwegsetzt, es schlicht ignoriert, um im Abstimmungsbüchlein einseitig und fast ausschliesslich die Position der Initianten auszubreiten und zu vertreten – in eklatanter Opposition zur Mehrheit des Grossen Gemeinderates. Dadurch werden die Stimmbürger und Stimmbürgerinnen aktiv getäuscht. Die Aussagekraft des am 15. Mai 2011 zustande kommenden Volksentscheides wird dadurch äusserst fragwürdig werden. Vor allem im Falle einer Annahme der Initiative. Das Zuger Wahl- und Abstimmungsgesetz (131.1) sagt unter Artikel 25: „Den Abstimmungsunterlagen ist eine kurze und sachliche Erläuterung der Vorlage beizulegen, die auch die Auffassung wesentlicher Minderheiten zum Ausdruck bringt. Bei Abstimmungen über Initiativen und Referendumsvorlagen sind die Argumente der Urheberkomitees angemessen zu berücksichtigen.“ Wer das Abstimmungs-Büchlein liest, findet auf nicht weniger als sieben Seiten die ausführliche Darstellung der Initianten und gerade auf lediglich 26 Zeilen die offizielle Meinung der Legislative der Stadt Zug dargestellt. Der Stadtrat hat im Büchlein vollumfänglich und unkritisch die Haltung der Initianten übernommen. Richtig gewesen wäre, wenn sich der Stadtrat dem Entscheid des GGR gefügt, diesen akzeptiert sowie diesen im Abstimmungsbüchlein auch entsprechend dargestellt und unterstützt hätte. Wie bereits erwähnt, ist der Stadtrat gesetzlich gebunden, den Sachverhalt im Abstimmungsbüchlein möglichst kurz darzustellen. Anstatt sich an diese regierungsrätliche Vorgabe zu halten, missbraucht der Stadtrat das Abstimmungsbüchlein und funktioniert es zu einem ausufernden grün-roten Pamphlet über alternative Klimapolitik um. Anstelle einer kurzen Darstellung ist eine eigentliche Propagandaschrift entstanden mit der Absicht, das Stimmpublikum über den wahren Sachverhalt zu täuschen. Obschon im Initiativtext keine Rede von einem Atom-Ausstieg ist, springt der Stadtrat

nun noch schnell opportunistisch auf den „Fukushima-Express“ auf und propagiert die Reduktion des Atomstrom-Anteils, u.a. weil dieser ineffizient sei. Es ist unstatthaft, wenn der Stadtrat eine Initiative im Abstimmungsbüchlein noch eigenmächtig kreativ weiter entwickelt und mit Passagen ausschmückt, welche im Initiativtext gänzlich fehlen. Über die Gründe dieser stadträtlichen Fehlleistung kann nur spekuliert werden. Ganz offensichtlich ist der Stadtrat hier der Meinung, er stehe über dem Grossen Gemeinderat der Stadt Zug und könne nach eigenem Gusto frei schalten und walten. Der Beschluss des GGRs sei als blosse „Folklore“ zu betrachten, quasi ein Relikt aus Zeiten der Demokratie. Die SVP-Fraktion im GGR ist nicht bereit, dem Täuschungs-Manöver des Stadtrates tatenlos zuzuschauen. Es ist grundsätzlich zu überlegen, wie solche Entgleisungen in Zukunft verlässlich verhindert werden können. Es kann nicht angehen, dass die Exekutive sich weiterhin sorglos und unbekümmert über Entscheide der Legislative hinwegsetzt und sie als Makulatur abqualifiziert. Die SVP-Fraktion des Grossen Gemeinderates appelliert dringend an alle Beteiligten, die Spielregeln der Demokratie einzuhalten.

Stadtpräsident Dolfi Müller liest den vorhin teilweise genannten Satz noch zu Ende: „...es gibt keinen Grund, um aufsichtsrechtlich gegen die Stadt Zug einzuschreiten.“ Das ist die Kernaussage. Dafür gibt es Justizbehörden. Der SVP ist es durchaus unbenommen, diesen Fall noch weiterzuziehen. Es gibt in diesem Text keine Stelle, die sachlich belegt dem Stadtrat irgendeinen Vorwurf macht. „Ein Vergleich der Richtlinien mit den Abstimmungserläuterungen ergibt, dass alle geforderten Kapitel in den Abstimmungserläuterungen aufgeführt sind.“ Das ist ein eigentlicher Persilschein für den Stadtrat. Wenn aber die SVP Lust hat, kann sie diesen durchaus nochmals in Frage stellen. Der Stadtrat hat zudem das Wort „Fukushima“ nie in den Mund genommen.

Manuel Brandenburg: Stadtpräsident Dolfi Müller hat nun den regierungsrätlichen Entscheid auf die Beschwerde von zwei Rechtsanwälten zitiert. Diese Beschwerde wurde in der Hauptsache aus einem formellen Grund abgelehnt, weil nämlich die Beschwerdefrist verpasst worden war. Also hat Stadtpräsident Dolfi Müller aus den Erwägungen im Entscheid zitiert, wo es um die Frage geht, ob aufsichtsrechtlich eingeschritten werden muss. Das hat der Regierungsrat abgelehnt, weil er gesagt hat, krasse Verstösse gäbe es nicht, die ein aufsichtsrechtliches Einschreiten rechtfertigen würden. Er hat aber auch gesagt, dass diese Abstimmungserläuterungen durchaus rechtlich in Zweifel gezogen werden könnten, hat es aber wegen Verpassung der Frist nicht beurteilt.

Ratspräsident Jürg Messmer: Die Medienkonferenz zum kommenden Abstimmungs-
sonntag findet am 15. Mai 2011, 12.30 Uhr, im Burgbachsaal statt. Wer interessiert ist,
kann selbstverständlich teilnehmen.

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:

Dienstag, 7. Juni 2011, 14.00 Uhr

Für das Protokoll:

Arthur Cantieni, Stadtschreiber